



Wertesjähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Post 2 Thlr. 11 $\frac{1}{2}$  Sgr. Insertionsgebühr für den Raum eines  
hundertseitigen Teiles in Beiträgen 1 $\frac{1}{2}$  Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag  
einmal an den übrigen Tagen einmal erscheint.

Nr. 129. Morgen-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Freitag, den 17. März 1865.

## Zur Leidens-Geschichte des schlesischen Handels. (Patriotische Briefe von A. B.)

„Großartiger Handel kann nur ausgiebig sein, wenn seine Störungen unbehindert und fesselfrei von Straße zu Straße, von Fluss zu Fluss und über das Meer hin von Küste zu Küste sich gießen und von sicherem Hafen aus jede Uferstelle auf eben so leichte Weise befüllen und befürchten, als sie alle kleineren und kleinsten Nebenflüsse und Bächlein ungehindert in sich aufnehmen können. So schädlich, wie dem menschlichen Körper die unterbundenen Adern durch Ansammlung und allmählich weitergreifende Stockung und Verdickung des zum leichtesten und schnellsten Fließen bestimmten Blutes werden, sind einem Staate die Verschwerungen und Fesseln, welche die Handelsströme in ihrem Laufe hemmen, indem sie der Bewegung der materiellen Güter und Kräfte des Volks in stets wachsenden Ausdehnung Stillstand auferlegen und alle Übel und Krankheiten zur Folge haben, welche mit anhaltender Trägheit eines Körpers stets verbunden sind. Leben ist Thätigkeit und ohne Thätigkeit keine Gesundheit, des Volkes Thätigkeit aber kann nur in gesundem Flusse erhalten werden, wenn alle Wege, die Erzeugnisse der Thätigkeit hinauszuschaffen und abzusezen, neue Gebiete dafür zu eröffnen, neue Nahrung hereinzuführen, aufgesucht und so weit wie möglich geöffnet werden, aber nicht jeder Weg und jeder Steg, sobald er ausgiebig erscheint, mit breitem Siegel der Finanz, der Politik und der Polizei durchschnitten und versperrt wird.“

Diese Worte selbst eines für die Durchgangszölle kämpfenden Handels-Politikers, der, trotz seiner merkwürdigen Vorliebe für jene nun seit Jahren gefallenen „Niegel“ der Handelswege, die Fahne der Handelsfreiheit hochhielt, haben ihre Bedeutung und — traurige Wahrheit und Wirklichkeit auch für Schlesien. Kein Land Europas kann sich — beklagen, daß die freien, natürlichen „Strömungen“ seines Handels länger, öfter, mehrfacher gehemmt und gehindert worden sind, als unsere früher österreichische, seit länger als einem Jahrhundert preußische Provinz. Diese Klagen, welche sie erhoben hat und noch fortwährend erhebt, datiren in ihrem ersten Ursprunge nicht etwa aus den letzten Decennien, — der Grund zu denselben ist vielmehr in weit früheren Zeiten zu suchen, wo dem schlesischen Handel „die Adern unterbunden,“ seinen Strömungen „breite Niegel“ der Hemmnis angelegt wurden. —

Bei unsern mannigfaltigen Studien über den jetzigen Zustand Schlesiens fanden wir jüngst in einem jetzt wohl ziemlich seltenen Buche\*) nähere Angaben über den Umfang und Werth der Fabrikation und des Handels Schlesiens, Angaben, welche theilweise aus gleicher Quelle in neuere statistische Werke übergegangen sind. Es heißt da:

„Die sämmtlichen Manufacturen und Fabriken des preußischen Schlesiens und der Grafschaft Glatz beschäftigten im Jahre 1789/90 allein 73,897 Arbeiter und lieferten für 12,212,366 Thlr. Waaren, wovon für 3,907,611 Thlr. im Lande und für 8,304,755 Thlr. außer Landes verkauft wurden. Der Werth der verbrauchten Materialien und Zuthaten belief sich auf 10,705,072 Thlr., mithin betrug Arbeitslohn ic. 1,507,294 Thlr. — Unter diesen Fabriken waren folgende die wichtigsten:

Fabriken ic. ic.	Bahl der Fabrikation	Davon Debit im Südb. Arbeiter.	Auslande.
Leinen . . . .	28,704	50,553	7,990,140
Wollen . . . .	4,700	15,438	1,858,430
Baumwollen . . .	519	2,448	235,606
Seiden . . . .	267	518	61,525
Veder . . . .	—	1,102	451,234
Eisen, Stahl . . .	—	1,081	555,455
Baderiederei . . .	90	600,000	550,591

Wert (Thlr.) Davon Debit im Südb. Arbeiter. Auslande.

28,704 50,553 7,990,140 789,586 8,190,554

4,700 15,438 1,858,430 358,809 1,506,621

519 2,448 235,606 53,290 182,316

267 518 61,525 57,8 3 3,722

— 1,102 451,234 427,536 23,698

— 1,081 555,455 340,448 214,997

90 600,000 550,591 49,419

Unter den übrigen, verhältnismäßig minder wichtigen Fabriken sind noch anzumerken: die Gold- und Silbermanufaktur = 40,000 Thlr. — Cattun- und Zibdruckerei = 28,000 Thlr. — Papiermühlen = 47,045 Thlr. — Wachsbleichen = 15,733 Thlr. — Holländische Gipsfeisen-Fabriken = 10,200 Thlr. — Glashütten = 39,615 Thlr. — Messingfabriken = 24,400 Thlr. — Krautmehlfabriken = 29,050 Thaler. — Fayancefabriken = 24,500 Thlr. — Kupferhämmer = 22,560 Thlr. — Krappsfabrik = 12,000 Thlr. — Türkische Garnmanufaktur = 56,000 Thlr. — Röthesfabrik = 64,865 Thlr.

Wir geben diese Ziffern hier, weil sie zu Vergleichungen mit der Gegenwart herausfordern, und weil sie in einer Quelle gefunden werden, die ja auch jetzt noch in bestem Rüste der Förderung der Wissenschaft bezüglich der Provinz Schlesien steht, in den „Schlesischen Provinzialblättern“\*\*).

Schlesien hatte also schon oder vielmehr — nach so manchen seinem Handel unter seinen österreichischen Regenten ausgelegten Drangsalen und Verminderungen — noch 1790 eine Aussöhnung von mehr als 8 $\frac{1}{2}$  Mill. Thlr. Unser Leonhardi konnte im Hinblick auf andere Lande deshalb noch immer mit Recht sagen\*\*), daß „Schlesien mit seiner vortrefflichen und ausgebreiteten Industrie in Manufacturen und Fabriken den besten und blühendsten europäischen Provinzen sich zur Seite stellen kann.“

Dennoch halten Schlesiens Industrie und Handel schon damals viel von ihrer Blüthe verloren. Klagen, wie wir sie noch in den neuesten Jahresberichten der Handelskammern finden, über Störung und Verschwerung des Handels nach Polen, Russland, Österreich, sowie des überseeischen Exports, waren damals schon an der Lagesordnung.

„Den Transito oder Zwischenhandel“ sagt Leonhardi — „trieb Schlesien, vorzüglich aber Breslau, sehr früh mit Polen, Russland, Deutschland u. und gewann ungeheure Summen dabei. — Allein wie der König Friedrich II. zum Beste dieses Landes kam, störte er den Zwischenhandel durch schwere Zölle, Auflagen und Einschränkungen so sehr, daß die Polen und Russen sich einen anderen Weg suchten und jetzt (1792) kaum ein Schatz desselben übrig ist. — Der Speditionshandel von Waaren, welche Polen und Russland aus Sachsen, Österreich, Italien, Frankreich, der Schweiz u. zieht, und welcher ehemals so wichtig war, ist durch den Impost von 8% et. und durch die äußerst genaue Revision solcher Waaren bei der Durchfuhr fast ganz gestört und der beträchtliche Gewinn dem schlesischen Kaufmann entzogen. — Was der König Friedrich II. ja noch zum Aufkommen der Handlung that, war, daß er besonders die Proberhandlung der schlesischen Leinwandhändler unmittelbar über Hamburg nach Spanien sehr viel Unterstützung geniesse-

lich und sie zu erweitern suchte. Allein einige Kaufleute haben diese Sache mit grossem Verluste verschüttet; — der sicherste Weg ist immer noch die Zwischenhandel des Hamburgers oder anderer, und wird auch gewiß beständig beibehalten werden.“

Ahnliche Klagen sind seitdem stehende Beschwerden Schlesiens geworden, wie dies aus den Jahresberichten der Handelskammern, sowie aus der ganzen Literatur über Handel und Industrie dieser Provinz zu ersehen ist. Unter Friedrich II. litt letztere noch besonders unter der im Jahre 1766 eingeführten französischen Zoll- und Accise-Regie. —

„Diese neue Regie“ — schreibt Leonhardi — „vervielfältigte die Accise- und Zollvorschriften durch eine Menge Ordonnanz, führte eine Menge von kleinen zu löschenden Zetteln, Attesten und Quittungen ein, wofür die Gebühren nicht in die Kasse des Königs flossen, und setzte auf Contrebande Strafen fest, die mit dem gestifteten Schaden in keinem Verhältnisse standen, weil sie ihre Anteile davon bekamen; denn der Strafantheit eines Zoll- und Acciserichters betrug jährlich über 1000 und des Oberrichters über 5000 Thlr. Mit einem Worte, das Land ward durch diese Einrichtung mit einer sehr drückenden Last belastet, so daß auch der englische Gesandte Mitchell zu Berlin sagte: „Die Franzosen sind einmal bei Rossbach von den Preußen geschlagen worden, dafür werden nun die Preußen in allen Städten und alle Tage von den Franzosen geschlagen.“ — So viel ist ausgemacht, daß durch diese hochbesoldeten Regiebedienten seit 1766 der Handel außerordentlich erschwert worden ist, daher auch immer abgenommen hat, und daß insonderheit der Transito- und Zwischenhandel von und nach Polen fast ganz zu Grunde gerichtet, hingegen der Schleichhandel ungemein stark befördert wurde.“

Ahnliche Accise- und Zoll-Drangsale hat Schlesiens Handel bis in die neueste Zeit erlitten, und wenn nun zu allen diesen alten Leiden später noch die Continentalsperrre Napoleons I., die Erfindung und Ausbeutung von Maschinen für die Textil-Industrie, die Einführung der Baumwolle mit ihrem Ruin für Schlesiens Leinen-Manufaktur und Handel kam, so ist es kein Wunder, daß Schlesien noch heute ein krankes, sieches Gewerbe- und Verkehrsleben, ein Zurückbleiben in Wohlstand und Steuerkraft aufweist. Selbst die inlandische Industrie hat Schlesiens Handel in den besten und ausgiebigsten Zweigen schwere Wunden geschlagen. Wir erinnern nur an den durch die Rübenzucker-Industrie besiegten Tauschhandel des indischen Zuckers gegen schlesische Leinen. Jeder Kaufmann Hamburgs und Bremens muß bestätigen, daß „der größte Theil des früher so massenhaft bezogenen indischen Zuckers mit schlesischen Leinen bezahlt, und daß diese Leinen immer schwerer und weniger exportiert wurden, als der Zucker Import immer mehr schwand. Deutschland dünkte sich klüger zu sein und blüht jetzt seine Schuhzöllner-Weisheit mit Millionen von Verlusten, während England fortwährend indischen Zucker zu kaufen und sich auf gesundere, natürliche Industrie zu werben, so daß es in der massenhaften Produktion und Ausfuhr von Eigensfabrikaten seinem ganzen Continent den Rang abgelaufen hat.“

Gewiß hat die Rübenzucker-Industrie für Deutschland ihre guten Seiten, Vorteile und Erfolge, und namentlich hat die Landwirtschaft ihr viel zu danken; dem Handel Deutschlands, namentlich aber Schlesiens, hat sie mehr Nachtheile, als Nutzen gebracht, wie sich leicht nachweisen läßt.

Uebrigens sind manche Schäden, welche Schlesien in seiner früher so blühenden Industrie, in seinem Handel erlitten, keineswegs unverhüllt. Sachverständige haben dies genugsam nachgewiesen und unbefangene Schlesier es zugestanden. Wir machen in dieser Beziehung, sowie bezüglich der ganzen Leidensgeschichte des schlesischen Handels besonders auf Schneer's schon früher erwähnt Schrift nochmals aufmerksam,\* jümal sie auch höchst Beherzigswertes für die jetzt so viel Rumor machenden „Arbeiterfragen“ enthält.

Wenden wir uns nun zur Industrie- und Handels-Statistik Schlesiens aus der neueren Zeit, so werden wir noch oft Gelegenheit haben, auf jene Leidensgeschichte zurückzukommen, meist allerdings mit dem Nachweise, daß Schlesien sein Unglück Ereignissen und Verhältnissen zu danken hat, die zu vermeiden und zu beherrschen weder in seiner noch in irgend einer irischen Macht lag.

## Breslau, 16. März.

In Berlin ist wieder einmal die Rede von Verhandlungen, welche zwischen dem Ministerium und „Führern“ der Fortschrittspartei oder auch des linken Centrum gepflogen würden, um eine Einigung über die Militärfrage zu erzielen. Man wollte gestern sogar wissen, es sei bereits eine feste Grundlage für einen Compromiß insoweit gefunden gewesen, als am Sonnabend die leitenden Mitglieder des Ministeriums „annehbare“ Propositionen gemacht hätten; der holde Friede sei aber wieder verschreckt worden durch die Intervention des Prinzen Carl und des Generalleutnants v. Alvensleben. Indes würden die Unterhandlungen noch fortgesetzt. Bekanntlich wurden schon früher derartige Gerüchte verbreitet, die sich später als gänzlich erfunden ergaben. Der Regierung kann es, wie die „Berl. B. B.“ richtig bemerkt, nicht unangenehm sein, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick die Möglichkeit einer Verständigung leise aufdämmt, um nämlich diese Aussicht in der diplomatischen Entwicklung mit Österreich zu verwerten. In dieser Richtung wird auch der „Elber. B. B.“ geschrieben, daß am 18. d. ein Ministerconseil, unter Voritz des Sedans, zusammengetreten soll. In demselben werde endgültig berathen werden, in wie weit man allerhöchsten Orts in der Militärfrage dem Abgeordnetenhaus zu begegnen vermag. In den gutunterrichteten Kreisen glaubt man indessen an eine Verständigung nicht. Wir auch nicht.

Die „Nordd. Allg. B.“ beweist in ihrem heutigen Leitartikel die Notwendigkeit einer Flotte für Preußen, besonders seit der Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Damit sind wir vollkommen einverstanden; dagegen zeugt die Art und Weise, wie dieser Beweis geführt wird, wieder von der in diesem offensiven Blatte herrschenden Frivolität. So z. B. schreibt sie: „Los von Dänemark! — war der gedankenlose Ruf der großen Masse!“ Dieses „Los von Dänemark“ aber, dieser „gedankenlose Ruf der

großen Masse“ also ist durch die Staatsmänner Preußens und Österreichs zur Ausführung gekommen; nun mögen sich diese Staatsmänner bei der Nordd. A. B. bedanken! Doch hören wir das offizielle Blatt weiter:

Hierzu (nämlich zu einem möglichen Kampf gegen Skandinavien) braucht Preußen vor Allem eine Flotte. Für die militärische Liebhafte von deutscher Einheit war der Gedanke einer deutschen Flotte eine hässliche Spieldose, für die man in Tabagien und auf Regelbahnen Geld zusammenholte, doch auch ohne ein auch nur nennenswertes Resultat zusammenzubringen, doch auch ohne daß deshalb Deutschland oder Preußen in seiner staatlichen Sicherheit gefährdet worden wäre.

Mit diesen frivolen Worten werden Ihr, die Ihr Eure Groschen und Thaler, je nach Eurem Vermögen, für eine „deutsche Flotte unter preußischer Führung“ dargebracht halt, Ihr Bürger von Breslau und den übrigen schlesischen Städten, denen Se. Majestät der König für das schlesische Kanonenboot seinen Dank abgestattet hat, vor dem offiziellen Blatte abgelobt! Das „in Tabagien und auf Regelbahnen gesammelte Geld“ — in der That eine sehr würdige Sprache für patriotische Gaben. Den Glanzpunkt aber bildet der Schluss des Artikels. Mit der bekannten sitlichen Entlastung ruft der patriotische Redakteur der „Nordd. A. B.“ aus:

Und — ob Herr v. Bismarck oder ein Anderer — dem preußischen Minister, der in dieser Frage (der preußischen Flotte) andere Ziele verfolgen würde, müßte als Landesverächter der Kopf vor die Füße gelegt werden.

Unglaublich, aber wörtlisch in der „Nordd. A. B.“ zu lesen!

Durch die „Prov.-Corresp.“ erfahren wir nun aus der sichersten Quelle, daß Österreich definitiv die preußischen Forderungen abgelehnt hat. Die betreffende bereits telegr. gemeldete Stelle der „Prov.-Corresp.“ lautet wörtlisch:

Die Regierung Österreichs hat in ihrer Erwiderung den Forderungen Preußens vorläufig nicht zugestimmt, weil dieselben nach ihrer Auffassung den Voraussetzungen der deutschen Bundesverfassung nicht entsprechen. Sie hat sich in der betreffenden Depesche auf die einfache Ablehnung der preuß. Vorschläge beschränkt, anderweitige Vorschläge dagegen ihrerseits nicht gemacht.

Unter diesen Umständen bleibt die schleswig-holsteinische Angelegenheit wie die preußische Regierung vorher gewünscht hatte, füll's Erste in der bisherigen Lage: die gemeinsame Verwaltung Preußens und Österreichs, welche in vollkommen Einigkeit und Übereinstimmung der beiderseitigen Regierungen und ihrer Kommissarien geführt wird und unter welchen die Verhältnisse der Herzogthümer eine allseitig erfreuliche Entwicklung nehmen, wird bis zur endgültigen Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogthümer in Kraft bleiben.

Was Preußen betrifft, so ist unverändert und unbedingt daran festzuhalten, daß diesseits nur eine solche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gestaltet werden wird, bei welcher Preußen vollständig in den Stand gesetzt wird, seine Aufgaben für die Herzogthümer und für Deutschland zu erfüllen.

Die Bedingungen, welche zu diesem Zwecke in der letzten preußischen Erklärung aufgestellt waren, bleiben das unerlässliche und mindeste Maß dessen, was Preußen beanspruchen muss.

Das ist allerdings außerordentlich klar und bestimmt gesprochen, und wenn dieser Sprache die Handlungen entsprechen, so müssen wir uns auf ein energisches Vorgehen Preußens gegen Österreich und die Mittelstaaten gefaßt machen, denn daß Österreich jetzt wieder mit den Mittelstaaten gegen Preußen liebäugelt, unterliegt keinem Zweifel. Über die gesammte Situation spricht sich unser Berliner Correspondent in Folgendem ausführlich aus:

„Berlin, 15. März. Es ist schon bemerkt worden, daß nach der Formulierung der preußischen Forderungen für den hypothetischen Fall einer Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins und nach der darauf erfolgten negativen Rücknahme des Wiener Cabinets der Stand der ganzen Angelegenheit im Wesentlichen unverändert bleibt. Die Unterhandlungen zwischen Berlin und Wien werden fortgesponnen werden, wenn auch nicht in so beschleunigtem Tempo, wie es nach den Wünschen Derjenigen geschehen soll, welche den mittelstaatlichen Antagonismus gegen Preußen um ein wichtiges Glied verstärkt sehen möchten. Dem so eben misslungenen Verständigungsversuche zwischen Preußen und Österreich werden andere folgen, und man hält es für wahrscheinlich, daß die Unterhandlungen, da sie auf dem Gebiete hypothetischer Möglichkeit einen Vereinigungspunkt bis jetzt nicht finden konnten, sich zunächst auf die Besitzfrage selbst wenden werden. Wie im Stande der schleswig-holsteinischen Frage selbst, so ist auch in den Beziehungen zwischen Preußen und Österreich durch den Zwischenfall des jüngsten Gedankenaustausches kaum irgend etwas geändert. Man weiß hier wie dort, daß die beiderseitigen Interessen nicht überall zusammenfallen; aber in den leitenden Kreisen beider Mächte ist die Auffassung vorherrschend, daß eine Verständigung zu erreichen und für beide Theile vortheilhaft sein wird. Deshalb legt man hier wenig Gewicht auf den Lärm süddeutscher Correspondenten, welche die Erziehung des Grafen Mensdorff durch den Fürsten Metternich und damit einen Bruch Österreichs mit Preußen in nächste Aussicht stellen. Vor Alem ist zu beachten, daß Fürst Metternich zwar durch individuelle Gewandtheit und durch die Persönlichkeit seiner Gemahlin eine gewisse Rolle am Tuilerien-Hofe spielt und dadurch der österreichischen Politik manche nützliche Dienste leisten kann, daß er aber noch keine Gelegenheit gefunden hat, durch irgend welche erhebliche Leistungen seine Befähigung für die Stelle eines leitenden Ministers zu beweisen. Eine Versetzung des Fürsten von Paris nach Wien würde also hier wie dort eine Lücke entstehen lassen, welche den österreichischen Interessen keineswegs erschrecklich wäre. Überdies aber erscheint die Politik Österreichs an Bedingungen gebunden, welche durch einen Personenwechsel im auswärtigen Amte nicht umgestaltet werden können. Es ist kein Geheimniß, daß Graf Mensdorff, wie früher in ähnlicher Weise Graf Reichberg, ein vorzugsweise ausschreibendes Organ der kaiserlichen Anschaufungen ist und die Erhaltung des preußischen Bündnisses als einen wesentlichen Bestandteil seines Programmes behandelt, freilich nicht aus spezifischer Freundschaft für die preußische Politik, sondern als eine Auffassung gegen die dem österreichischen Kaiserreich von allen Seiten drohenden Gefahren.“

Eine sehr erfreuliche Erscheinung ist das Aufblühen der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz. Es arbeiten deren gegenwärtig fünf, nämlich in Zürich, Basel, Bern, Genf und im Kanton Aargau. Der Zweck dieser Vereine, die untereinander in steter Verbindung stehen, ist: solche Deutsche, welche in der Schweiz ihr ehrliches Auskommen nicht mehr finden, mit Rath und That zu

trägen solcher Mitglieder gespeist wird, welche nicht in den Städten Basel, Bern, Genf und Zürich wohnen, bezweckt die Unterstützung derjenigen hilfsbedürftigen Deutschen, die in kleineren Orten oder auf dem Lande zerstreut wohnen, sowie die Deckung gemeinschaftlichen Unterkosten. — Von dem schweizerischen Arbeitervereine in Genf ist soeben ein Aufruf zum Beitritt zu den internationalen Arbeiterassocationen erlassen worden, die sich vor Kurzem in London gebildet hat; um die „vollständige Emancipation der Arbeiterklassen von den übrigen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen.“ Auf einem allgemeinen europäischen Arbeitercongres, der in einer belgischen Stadt im Laufe des nächsten Sommers abgehalten werden wird, sollen die Statuten dieser Association definitiv berathen und festgestellt, sowie ein Centralrat gewählt werden.

Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde (s. Nr. 126), hat der italienische Finanzminister schon am vorigen Dienstag seinen Bericht über die finanzielle Lage des Königreichs erstattet. Darnach belief sich das Totaldeficit am Ende des Verwaltungsjahres 1864 auf 317 Millionen; das Jahr 1866 dagegen wird mit einem Deficit von 625 Millionen abschließen, welche durch den Verlauf der Staatsseisenbahnen auf 425 Mill. reduziert werden sollen. Man beweist nicht, daß die Kammer diesen Verkauf genehmigen wird. Auf der Tagesordnung der letzteren stehen noch so viele Angelegenheiten, die der Erledigung bedürfen, daß die Kammer die meisten derselben ohne Discussion wird zum Abschluß bringen müssen. Bekanntlich hören mit Östern die Vollmachten der jüngsten Kammer auf. Die neue Kammer wird sich schwerlich vor dem November in Florenz versammeln.

In Neapel hat die Entführung fünf junger Mädchen durch barmherzige Schwestern große Entrüstung erregt. Am Wochentag erhielten nämlich fünf Familien auf einmal gleichlautende Briefe, worin ihre Töchter, welche zu den Nonnen del buon consiglio in die Schule gingen, ihnen mithilfeten, sie seien entschlossen, dem eitlen Prunk der Welt zu entfliehen, sie hätten von jetzt an keine Eltern mehr und wollten sich nur der Sorge für ihr Seelenheil widmen. Die Polizei hatte große Mühe, die Kinder zu entdecken und nur die Drohung, daß man nicht nur den Superior, der die Oberleitung der Klosters hat, sowie die Nonnen selbst gefänglich einzahlen, sondern auch alle Häuser des Ordens schließen werde, wosfern die Kinder nicht am nächsten Tage zur Stelle wären, brachte den Superior dahin, den Namen „Bietri“ wie zufällig hören zu lassen. Man schickte dahin und fand die Kinder auch wirklich. Die Mädchen, von denen das älteste 13 Jahre zählt, erklärten natürlich, ihr Vorhaben sei ihnen nicht etwa von den Nonnen, sondern vielmehr von der heiligen Genovefa, als sie deren Geschichte gelesen, eingegangen worden. Allein die Bevölkerung, welche an diese Eingabe nicht so recht glaubt, verlangt die Bestrafung der Nonnen. Jedenfalls sind solche Vorfälle am allerbesten geeignet, den Italienern das Treiben der Jesuiten mehr und mehr zu verdeutlichen. — Am 13. d. Mts. ist in Neapel die Einweihung der ersten protestantischen Kirche zu San Pasquale in der Chiaia erfolgt. Das Terrain dazu ist den in Neapel lebenden zahlreichen Protestanten durch Garibaldi geschenkt worden.

In Frankreich tauchen die unvermeidbaren Gerüchte von einer Zusammenkunft des Kaisers mit dem Kaiser von Russland jetzt wieder von Neuem auf. Aber auch in der neuesten Gestalt sind sie bereits durch den Umstand widerlegt, daß Kaiser Alexander seine Gemahlin nicht von Nizza abholte, sondern sie in Darmstadt erwartet. Der Ehrgeiz der Kaiserin Eugenie wird also auch diesmal nicht bestreikt werden. Daß sich dagegen Frankreich und Russland einander wieder mehr als jemals zu nähern suchen, ist nicht zu zweifeln. Hr. v. Budberg hat, wie man versichert, den Kaiser verschont, er hat die Minister für sich, und selbst Prinz Napoleon ist, wie es wenigstens heißt, wegen der Polen beschwichtigt. Uebrigens enthält unsere heutige Original-Correspondenz aus Paris über diesen Punkt näheren Aufschluß. — Ueber die Aufnahme, welche die Rouland'sche Rede bei der pariser Presse gefunden hat, theilen wir ebenfalls unten das Nähere mit. Um entschiedensten spricht sich das „Avenir national“ bei dieser Gelegenheit für die religiöse Freiheit aus, indem es erklärt:

„Eben darum, weil die Theologen sich nie einigen konnten, weil alle Priesterstaaten von jeher sich angegriffen, gegenseitig herumgezerrt und geschmäht haben, ist die Vernunft die Gesetzegeberin der Welt geworden. Die religiöse Freiheit ist also nicht allein ein Recht, sondern auch ein allgemeines Gut. Sie spaltet einen Einfluß, der alle Staaten gefährdet hat und immer noch bedroht. Daß Hr. Rouland auf diese Spaltung hinweist, ist sehr zweckmäßig; allein wir begreifen in der That nicht, wie er sich darüber nur im Entferntesten betrüben kann.“

Die Folgen, von denen man meint, daß der Tod des Herzogs von Morny sie nach sich ziehen werde, werden in den politischen Kreisen sehr lebhaft besprochen. Das Eine kann man wohl als gewiß annehmen, daß die Richtung, welche durch den Prinzen Napoleon vertreten wird, ihren vornehmsten Widersacher verloren hat. Indes darf man deshalb noch nicht glauben, daß das Palais Royal nun für die französische Politik den Ton angeben werde. Vielmehr wird der Kaiser wohl Sorge tragen, in einer neuen Persönlichkeit den ultrademokratischen Tendenzen, mit denen der Prinz wenigstens (auf allerhöchsten Befehl) coquettiert, einen neuen Gegner zu geben. So will es das kaiserliche System, das, um für alle Fälle gerüstet zu sein, Männer von verschiedenen Nuancen in und um die Regierung zu gruppieren sich angelegen sein läßt. — Welchen Blödsinn die „France“ zu pro-

giren im Stande ist, davon hat sie einen schlagenden Beweis durch die Aufnahme einer Zuschrift des General-Vicars des Erzbischofs von Paris gegeben, welche den Duruy'schen Bericht zu widerlegen sucht, indem sie meint, wenn Duruy consequent sei, müsse er auch den obligatorischen Religionsunterricht und Besuch des Gottesdienstes für Jung und Alt zugesetzen; das sei aber etwas Unmögliches, also — sei auch der obligatorische Volkunterricht unmöglich! (!) O sancta — ! Wo bleibt da die Logik!?

Die Betrachtungen, welche die englischen Blätter an den Hintritt des Herzogs von Morny knüpfen, ergänzen wir heute unter „London“ durch einige interessante Bemerkungen der „Times“. Das günstigste Urtheil über den Herzog fällt natürlich der torpistische „Herald“, indem er besonders die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen bei dem Verlust eines Freundes bedauert, dessen Mut, Talent und Ergebenheit sie sich beim Tode des Kaisers ohne Kenntnis hätten ganz und gar anvertrauen können. — Der „Globe“ befürchtet die neuliche Motion Mr. Newdegate's auf eine Untersuchung des Klosterwesens in England und die daraus entstandene Polemik. Er sieht nicht ein, weshalb eine gewisse staatliche Beaufsichtigung der Klöster irgend einen Anstoß erregen könnte. Freilich würde eine speciell die Klöster betreffende Parlamentsacte gehässig aussehen und als Antipathie gegen den Katholizismus gedeutet werden. Aber eine allgemeine Maßregel zur Beaufsichtigung aller Anstalten, in denen Kinder, Frauen oder Geisteskranken unter einer anderen als der elterlichen Obhut leben, würde sich gewiß nicht leicht ansetzen lassen. Schulen, Klöster, Privat-Innenhäuser und ähnliche Anstalten sollten verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit regelmäßige Ausweise über Zahl, Alter, Stand und Befinden ihrer Insassen zu liefern. Eine solche Maßregel könnte den Katholiken selbst nicht unbequem sein und würde der Verleumdung und Klatscherei am wirksamsten entgegentreten.

Aus Nordamerika geben wir unten (siehe Amerika!) die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Aus Mexico meldet man, daß Oajaca's 7000 Mann starke Garnison sich auf Gnade und Ungnade am 9. Februar an den General Bazaine ergeben hat. Jedenfalls ist dies von Wichtigkeit für die Sache des Kaisers Maximilian, da sich die Hauptstärke der republikanischen Partei in Oajaca gesammelt hat. Ob es aber seiner Sache nützt, daß man den Befehlshaber Porfirio Diaz und einen Guerrillaführer Namens Romero erschossen hat, möchte immerhin zu bezweifeln sein. Der „Tempo“, der beide Nachrichten nicht glauben will, „weil französische Soldaten nicht gewohnt seien, ihre Gefangenen zu erschießen“, wird sich zum Glauben daran schon bekehren müssen, da der „Moniteur“ selbst die beiden Mordthaten erzählt. Einem Schreiben des Kaisers Maximilian an die vier Bischöfe von Mexico, Michoacan, Queretaro und Oajaca, die an ihn eine Beschwerdeschrift wegen der Verfügung betreffs der geistlichen Güter hatten machen lassen, entnehmen wir wenigstens folgenden Passus:

„Die große Majorität der Nation fordert diese Lösung und hat Recht, sie zu fordern. In diesem Punkte bin ich im Stande, mit mehr Gewissheit zu urtheilen als Sie, Mgr., da ich soeben einen großen Theil Ihrer Sprengel durchkreuzt habe, während Sie seit der Rückkehr aus Ihrem Exil in der Hauptstadt geblieben sind. Deshalb und nach reislicher Überlegung, nachdem ich mein Gemüse zu Rache gezogen und würdige Theologen befragt habe, hatte ich mich zu einer Handlung entschlossen, die in nichts das Dogma der Religion verletzt und andererseits unserer Mitbürgern das freie Walten des Gesetzes sichert. Schließlich muß ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Irrthum, in dem Sie schwaben, hinleiten. Sie behaupten, die mexicanische Kirche habe sich nie in politische Dinge gemengt. Wollte Gott, dies wäre wahr. Aber es liegen bedauerliche Altenstücke vor, die klar beweisen, daß selbst die Würdenträger der Kirche sich in Revolutionen geflüchtet und einen Theil des Clerus heftigen Widerstand gegen den Staat gemacht haben. Gestehen Sie, meine hochgeschätzten Brüder, daß die mexicanische Kirche in Folge eines bellengeschwerten Gescheides sich zu tie in Politik und weltliche Angelegenheiten eingelassen und darüber den katholischen Unterricht ihrer Pfarrkirchen vernachlässigt hat. Freilich ist das mexicanische Volk fromm und gut, aber es ist zum großen Theile noch nicht katholisch im wahren Sinne des heiligen Evangeliums, und das ist nicht seine Schuld. Es bedarf des Unterrichtes und der Erteilung der Sacramente unentgeltlich, wie das Evangelium es vorschreibt. Doch Mexico soll katholisch werden, verlassen Sie sich darauf! Bezwiegeln Sie meinen Katholizismus, wenn Sie wollen; Europa kennt seit geraumer Zeit meine Gefühle, der heilige Vater weiß, wie ich das meine; die Kirchen von Deutschland und Jerusalem legen in dieser Beziehung Zeugnis von mir ab. Aber ein so guter Katholik ich bin, ein eben so gerechter und freisinniger Fürst werde ich sein und bleiben.“

## V r e u s s e n .

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### St. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (15. März.)

(Schluß.)

Abg. Michaelis: (Nach einigen einleitenden Bemerkungen.) Der Herr Reg. Commissar hat das Jahr 1849 als ein sehr ungünstiges im Vergleich zu den Vorjahren bezeichnet und bemerkt, daß es kein Wunder sei, wenn von 1849 bis 65 in einer Entwicklung von dem ungünstigsten zu einem außerordentlich günstigen Jahre eine große Differenz der Staatsausgaben sich herausrechnet. Er hat dann hinzugefügt, daß die Biftern von 1849 und 1865 sich nicht vergleichen lassen, weil die aus der Geschäftsmittel entnommenen Biftern von 1849 Ausgaben und Ausgaben enthalten, welche in den, dem Entwurf entnommenen Biftern für 1865 nicht enthalten sind. Dann hat er gesagt: Im Jahre 1849 ist die Biftern der Ausgaben, wenn ich nicht irre, um 8 Mill., die der Ausgaben um  $\frac{1}{2}$  Mill. zu hoch. Dieser zweite Fehler würde indeß geeignet sein, seinen ersten Einwand zu berichtigten. Denn,

wenn in dem Vergleich zwischen 1849 und 65 eine zu grohe Differenz herausgefunden wäre, indem wir die wirklich vergleichbaren Einnahmen und Ausgaben verglichen, so haben wir dadurch, daß wir aus dem Staatshaushaltsetat für 1849 nicht ganz vergleichbaren Theil der Einnahmen und Ausgaben nicht weggelassen haben, den Fehler wieder berichtigigt. Der Regierungs-Commissar hat dann bemerkt, daß, weil eben der Vergleich jener beiden Jahre nicht zulässig sei, die Folgerungen, welche der Bericht daraus gezogen habe, unrichtig seien. Nun sagt aber der Bericht nach Constatirung der Einnahme-Steigerung und der Bevölkerungssteigerung: „dabei ist allerdings vorzuhoben, daß ein bedeutender Theil der Steigerung der Einnahmen durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Vermögen des Staates (Eisenbahnen, Forsten, Bergwerks-Eigentum u. s. w.) und ein bedeutender Theil der Steigerung der Ausgaben durch die damit verbundene Erhöhung der Betriebskosten herbeigeführt ist, daß daher diese Gesamtzahl, wenn sie auch Befolgung erweisen, keine sichere Betrachtung begründen, daß vielmehr eine Prüfung im Einzelnen erforderlich erscheint.“

M. H. Ist diese Schlussfolgerung falsch, so ist das, was der Regierungs-Commissar uns hier vorgetragen hat, ebenfalls nicht gerechtfertigt. Mein Freund, der Abg. für Eisenburg, hat mir bereits einen Theil der Aufgabe abgenommen, die Budgetcommission zu rechtfertigen, daß sie eine allgemeine Debatte über das Budget veranlaßt hat. Der Staatshaushalt-Etat, m. H., ist der Vertheilungsplan der Einnahmen des Staats auf die verschiedenen Zweige der Ausgaben; es gibt also keinen Moment, diesen Vertheilungsplan im Allgemeinen ins Auge zu fassen und einer Kritik zu unterwerfen, als auf dem von der Commission jetzt eingeschlagenen Wege. Dieselbe glaubt, daß es sich nicht blos handeln könnte um die Vertheilung der nach den Schätzungen vorausgesetzten Mehreinnahmen, sondern um eine Vergleichung der Gestaltung der verschiedenen Ressorts seit einer Reihe von Jahren, daß es sich handeln müßte nicht blos um die Bewilligung einzelner Ausgaben, sondern auch um die Betrachtung, ob der Staat nicht im Begriff stehe, durch Beschränkung nothwendiger Ausgaben die Steuerkraft des Volkes zu beeinträchtigen, oder durch Verwendung der Staatsmittel zu Ausgaben, welche die Arbeitskraftlahm legen, von der andern Seite wieder die Steuerkraft einzuschränken. Die Regierung hatte mit beobachteter Genugthuung einen Etat ohne Deficit vorgelegt und damit die Reorganisation der Armee finanziell zu motivieren geglaubt, und gerade dies mußte die Budget-Comm. veranlassen, auf eine gründliche Prüfung des Vertheilungsplans u. s. w. eine Prüfung der Frage einzugehen, ob es, anstatt das Mehreinkommen zur vermehrten Lohnregelung von Arbeitskräften zu verwenden, nicht gerathener sei, das vermehrte Einkommen dazu anzumelden, um die Reform drückender Lasten vorzunehmen. Dem Berichte der Commission ist vorgeworfen worden, daß er nicht zur Verschönerung führe, daß er die Kluft erweitere. Aber, meine Herren, wir sind hier beschäftigt, Thatsachen festzustellen, und Rücksicht auf die Entwicklung unseres Staates und unseres Budgets zu thun, und ich meine, wenn der Conflict brennt, so ist nichts mehr geeignet, die Gemüther zu einer sachlichen und ruhigen Discussion zu führen, als eben die Feststellung der Thatsachen.

Der Abg. für Geldern hat gesagt, daß die Militärfrage die einzige sei, die wir behandeln müßten, wenn wir den Conflict schließen wollen; und deshalb dürften wir nicht andere, weitergehende Fragen hineinziehen. Nun, m. H., ich denke, wir haben heut und gestern die Militärfrage diskutirt, und zwar auf dem finanziellen Gebiete, welches die Regierung als das für sie günstigste erkannt, während wir sie sonst auf dem rechtlichen Gebiete diskutirten. (Sehr richtig!) Wenn das nicht vorgekommen ist, wenn das nicht den Weg beschreiten heißt, auf welchem ein Ausgleich möglich ist, dann weiß ich nicht, was so genannt zu werden verdient. (Sehr wahr!) Der Abgeordnete für Geldern hat ferner gesagt, es gelte nicht, das Steuerbewilligungsrecht zurückzugewinnen, sondern das Ausgabebewilligungsrecht zu sichern. Nun, meine Herren, wir sind bei einer Prüfung der Entwicklung des Staatshaushalt-Etats und des Steuerwesens darin gekommen, daß der Versuch, den wir seit siebzehn Jahren machen, das Ausgabebewilligungsrecht in seiner Einsamkeit zu erhalten, in dem Augenblick gescheitert ist, wo es auf eine ernste Probe gestellt wurde. Das Ausgabebewilligungsrecht ist herabgegangen aus dem Steuerbewilligungsrecht, weil durch die Verkürzung der Ausgaben Nothwendigkeiten weiterer Ausgaben geschaffen werden, weil ein Parlament, das nicht das Ausgabebewilligungsrecht hat, in dem Steuerbewilligungsrecht sich die Hände gebunden sieht. In den letzten 17 Jahren ist dann der Versuch gemacht, diese Verhältnisse umzulehren und das Ausgabebewilligungsrecht als das erste, das Steuerbewilligungsrecht aber als das zweite zu betrachten. Indes, m. H., ohne Steuerbewilligungsrecht ist, wie wir sehen, das Ausgabebewilligungsrecht ohne Sicherheit. Der Abg. für Geldern, der das Ausgabebewilligungsrecht recht schirmen will, sollte doch aus seiner Präris wissen, daß Paragraphen sich deuten lassen, und daß derjenige, welcher die Macht und das Geld in Händen hat, mit der Deutung der Paragraphen sehr leicht über das Ausgabebewilligungsrecht hinwegkommt. (Sehr wahr!)

Diese Betrachtung hat uns zu den Vorschlägen einer Reform unserer direkten Steuern geführt. Es hat dabei nicht gefehlt an einer Kritik der früheren Steuergesetzgebung, welche alle Steuerquellen mit ihrer ihnen inneren Buderkrift eröffnete, und die budgetlose Regierung erst möglich gemacht hat. Es hat freilich auch nicht gefehlt an einer Kritik des Verhaltens der früheren Budget-Commissionen, denn es ist unsere Pflicht, die Wirkungen der Gesetzgebung und die Wirkungen des Verhaltens älterer Häuser zu constatiren, weil wir aus dieser Erfahrung erst unsere Politik für die Zukunft schöpfen können. Der Abg. für Oppeln hat nun gesagt, die früheren Commissionen folgten den alt bewährten preußischen Grundsätzen, die Einnahmen möglichst knapp und die Ausgaben möglichst reichlich zu veranschlagen, damit man durch die thätsächliche Gestaltung der Einnahmen uns Ausgaben ja nicht zu einer Unterbilanz käme. Das ist richtig, meine Herren! das ist der Grundsatz gewesen der preußischen Verwaltung von 1820—40 und war es aus gutem Grunde, denn jene Verwaltung mußte mit den bestehenden Steuern auskommen. (Sehr wahr!) Sobald aber das Steuerbewilligungsrecht in Fluss gekommen, war jene Präris den Verhältnissen nicht mehr angemessen, denn sobald das Steuerbewilligungsrecht in Fluss ist und die Einnahmen zu niedrig, die Ausgaben zu hoch veranschlagt werden, so schafft man in dem Budget die Motive für neue Steuerbewilligungen, und diese Motive haben in der vergangenen Periode gewirkt.

Der Abgeordnete für Neustadt hat zwar nicht zu treffend, aber auch nicht höflich den Antrag auf Umänderung der Einnommen- und Klassensteuer

## Für Karl Guzkow.

Heute, am 17. März, ist der 54. Geburtstag Karl Guzkow's.

Seit einem vollen Menschenalter steht dieser Mann in erster Reihe der Kämpfer für Wahrheit, Echt und Freiheit.

Ein feinfühliger Dichter und kühner Denker, hat er wie kein zweiter seiner literarischen Zeitgenossen, die Waffen des Geistes im Dienste der Humanität geschwungen, ein echter und wahrhafter „Alter vom Geiste!“

Mannhaft schritt er stets voran, wo die Fahne der Aufklärung und Freiheit sich entfaltete. Bald mit dem blanken Stahl der Kritik und bald mit der bestreitenden Gewalt der Poetie zog er in guten wie schlechten Tagen mit stets frischem Muthe zu Felde gegen die Götznen der Intoleranz, der Heuchelei und der Verdunkelung.

Und wie jauchzte das deutsche Volk ihm zu, da er in „Uziel Acosta“ das Opfer religiöser Unzulänglichkeit in einem erschütternden Bilde vor die Seele führte, und im „Urbild des Tartuffe“ das ganze Geschlecht der heuchlerischen Frömmler mit heiterem Spott züchtigte und geizelte! Wie oft erhoben sich Geist und Gemüth des Volkes an den zahlreichen Schriften und Werken dieses Mannes, dessen Siege stets auch Siege des freien, edlen, nach dem Besseren drängenden Geistes waren!

Und der Geist dieses Mannes ist jetzt umdüstert und in finstere Schatten gehüllt — Karl Guzkow liegt geistes- und gemüthskrank darnieder und seine Familie ist von schweren Sorgen erfüllt.

Es gilt, diese Sorgen zu lindern und die Zukunft des von so hartem Schicksal betroffenen Mannes und seiner Familie vor Mangelischer zu stellen. Zu diesem Zwecke hat sich ein Berlin-Dresdener Comité gebildet, das in einem öffentlichen Aufruf zu Beiträgen „für den Guzkow-Fonds“ auffordert.

Das Comité besteht aus den Herren Finanzprocurator Hofrat Ackermann, A. G. Brachvogel, Karl Frenzel, Director Dr.

Georgi, Advocat Judeich, Julius Rodenberg und Commerzienrat M. A. Meyer (Bankierhaus Schie in Dresden), welches letztere alle Eingänge in die Hand nehmen und darüber seiner Zeit öffentlich Rechnung ablegen wird.

Auch die Expedition der „Breslauer Zeitung“ wird gern bereit sein, Beiträge für den „Guzkow-Fonds“ in Empfang zu nehmen, an die bezeichnete Stelle abzuliefern und öffentliche Quittung zu leisten.

Kommt nun Alle, die ihr euch so oft an den Geistespenden des Dichters erquict und gelabt, kommt und übt einen Akt der Pflicht und Dankbarkeit gegen den Mann, der dreiunddreißig Jahre im Dienste der Nation unverdrossen und unermüdlich gearbeitet, — und jetzt frank und von Christensorgen bedroht ist. „Vielleicht gelingt es einer Dankespende der deutschen Nation, den ersten Lichtstrahl wieder in die finstern Schatten zu werfen, die den Geist des verehrten Mannes gefangen halten.“ — Mit diesen Worten aus dem erwähnten Aufruf sei der „Guzkow-Fonds“ allen edlen Herzen auf das Wärmele anempfohlen!

„Vortheilhaft ist's, den Genius bewirthen“, um wieviel schöner und edler aber, ihm die Not des Lebens erleichtern!

M. K.

## Theater.

(Gastspiel des Fräulein Pauline Ulrich.)

Fräulein Ulrich ist einer jener Lieblinge der Musen, welche, kaum gesehen, die Herzen wie mit einem unwiderstehlichen Zauber für sich einnehmen. Die Erscheinung voll Anmut und Höhe, Haltung und Bewegung, der Ton der Stimme und das bereite Spiel der Miene, vor Allem aber das harmonische Ebenmaß in der bewußten künstlerischen Anwendung dieser Mittel, — sie vereinigen sich zu jenem vollendet Bild idealer Natürlichkeit, dessen Hervorbringung die Aufgabe der dramatischen Kunst ist. Am Mittwoch sah Fr. Ulrich ihr Gastspiel in drei kleinen Lustspielen fort. — „Die Königin von sechs Jahren“ (Christine von Schweden) in dem gleichnamigen Lustspiel

von Th. Hell, ist zwar ein Charakterbild ohne poetische Tiefe und von oberflächlichem historischen Colorit. Dasselbe bietet aber für eine so begabte Darstellerin eine reiche Stufenfolge wechselnder Empfindungen und Stimmungen dar, um das Interesse des Zuhörers fortwährend zu fesseln. Die Künstlerin verstand es in hohem Grade, die Gegenfälle von kindlicher Gefühlsfrische und höfischer Kälte, von stiller Liebesbeschwörung und herrischem Eigenwillen, bis zu den Aufwallungen von Zorn und Leidenschaft durch die feinsten Übergänge zu einem einheitlichen Bilde zu vermitteln, das, besonders gegen den Schluss, bei dem stummen Spiel, während der etwas langen Abdicationsrede des Grafen Ranavalana von ergreifender Wirkung war und das Publikum zu wiederholten Beifallsäußerungen

einen naiven genannt, weil er glaubt, daß mit diesem Antrage gemeint sei, die königl. Regierung aufzufordern, uns die Mittel zu geben, die wir zum Siegen brauchen. Aber, m. h., das ist nicht die Meinung dieses Antrages, sondern vielmehr das, die Erfahrungen zu konstatiren, die wir an unseren Steuergefechten gemacht haben, und für die Zukunft den Grundsatz festzuhalten, daß dieses Haus nie wieder, wenn es sein Steuerbewilligungrecht ausübt, sein Steuerbewilligungrecht aus den Händen gebe. (Bravo!)

Der Abg. Wagener hat uns ferner gesagt, es werde durch diese Anträge, die ja doch von der königl. Staatsregierung nicht erfüllt würden, die Agitation befördert, sie seien auf die Agitation zugespielt. Nun, m. h., für Agitation im Lande brauchen wir nicht zu sorgen, das thun die Herren gegenüber so reichlich, daß wir uns Ruhe gönnen können. (Zustimmung und Heiterkeit.) Es gibt aber zwei Richtungen der Agitationen im Lande; die eine Richtung geht darauf hinaus, die begehrliche Hand nach der Tasche der Steuerzahler auszustrecken, die der Staat zu Gunsten der begehrlichen Interessen leeren soll, und die andere Richtung geht darauf hinaus, den Staat in dieser seiner communistischen Natur einzuschränken durch Beschränkung der ihm aus den Taschen der Steuerzahler zuliegenden Mittel. (Sehr gut!) Die erste Richtung der Agitation das ist die revolutionäre, und sie ist unterstützt von unserer sich jetzt so nennenden conservativen Partei, die zweite Richtung der Agitation, m. h., das ist die conservative, das ist die Richtung, welche Eigentum und bürgerliche Gesellschaft in ihrem Bestande schützt und, m. h., wenn wir den Generalbericht dieser Regierung gegenüber jener anderen einen Vorwurf geleistet, haben wir uns ein wesentliches Verdienst um den Staat erworben. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Hoverbeck (für die Commissions-Anträge): Meine Herren, Nachdem schon mehrere Vorförderer für die Commissions-Anträge gesprochen und die Ausführungen der anderen Seite bestimmt haben, will ich nur eine kurze Nachrede halten. Der hr. Reg.-Commissarius hat die sachliche Verbindung zwischen den einzelnen Theilen des Generalberichts vermisst, nun diese Verbindung wird einfach durch die von der Commission vorgeschlagenen Resolutionen hergestellt. Uebrigens muß ich noch konstatiren, daß der hr. Commissarius diejenigen Ausschreibungen, die er heut vorzubringen sich gedrungen fühlte, in den Commissionsitzungen nicht gemacht hat, was doch, meiner Ansicht nach, Sache der Loyalität gewesen wäre. — Der Abg. v. Miltisch Collande hat, wie ich glaube, zum zweitenmal verteidigt, daß das Land des Friedens halber die Annahme des Militäretats wünsche; was ich meinerseits an Stimmen aus dem Lande vernommen habe, das hat ganz anders gelautet: Uns hat man gesagt, daß wir unbedingt am Rechte festhalten sollen. — Wenn ein anderer Redner von einem „System der Finanzverwaltung“, das jetzt herrsche, gesprochen hat, so muß ich doch bemerken, daß wir unter einem budgetlohen Regime leben und daß von einem budgetlohen System fälig nicht die Rede sein kann; soll es aber doch so genannt werden, so ist es jedenfalls ein System, das die Regierung und das Land nur in's Verderben führen kann.

Der Abgeordnete Faucher hat, vielleicht von seinen großbritannischen Neffenzenen geleitet, von der Unmöglichkeit eines Compromisses gesprochen. Nun, m. h.! Wenn eine Regierung zur Versöhnung im Lande vorhanden ist, dann ist es doch nur die, sich mit der Krone zu versöhnen, nimmermehr aber mit diesem Ministerium, das wir bekämpfen, so weit irgend unsere Macht reicht, das ist unser gutes Recht. (Beifall.) — Gegen das geehrte Mitglied für Stolp will ich schließlich nur noch bemerken, daß die Majorität nicht daran gedacht hat, nach Popularität zu basieren. Wir sprechen das aus, was wir für unsre Pflicht halten, und dabei kann es sich freilich ereignen, daß dies, anderen Parteien gegenüber, zur Popularität führt; die conservative Partei, und das trifft eine neue Bemerkung des Abgeordneten für Stolp, hat gegenwärtig nur für die Militär-Organisation Geld und für andere Zweige der Verwaltung nichts — als ein warmes Herz. (Heiterkeit und Beifall.)

Die allgemeine Debatte wird geschlossen und es folgen noch einige persönliche Bemerkungen.

Reg.-Comm. Mölle: In der Commission war mir keine Gelegenheit gegeben, die Zahlen zu berichtigten. Als der Bericht am ersten Tage zur Verhandlung kommen sollte, wurde von mehreren Mitgliedern der Antrag gestellt, ihn zuerst drucken und verbreiten zu lassen, damit man sich auf die Berichtigung vorbereiten könnte. Ich selbst habe diesen Antrag unterstützt, und erklärt, daß ich anderen Falles in einer sehr schwierigen Lage kommen könnte, mich über Anträge und Aufstellungen erklären zu müssen, die mir vorher nicht zugänglich waren. Später hat man mich allerdings aufgefordert die Zahlen zu prüfen; ich hatte es aber abgelehnt, einmal weil ich keine Zeit dazu hatte (hörte), dann aber auch, weil ich die Rolle des Calculators der Commission zu übernehmen keine Lust hatte. (Bewegung.) Sodann muß ich bei meiner Ansicht stehen bleiben, daß der Bericht das Einzelne nicht in der Weise zusammenstellt, daß daraus ein Gesammtresultat über die Finanzlage gezogen werden kann. Wäre ich mit meinen Neuauflagen in der Commission zu lang gewesen, wie der Herr Abg. Miltisch ferner behauptet hat, so hätte er noch nicht auf den Theil des Berichtes verweisen können, der gerade durch meine Anregung in denselben aufgenommen wurde, um verständlich zu machen, was diese Steigerung um 5% bedeutet. Ich bleibe dabei, daß aus unrichtigen Zahlen unrichtige Schlüsse gezogen worden sind.

Abg. v. Bodum-Dolfs: Dem Herrn Commissar ist die nötige Zahl von Exemplaren zugegangen, um sie den übrigen Commissarien und den Ministerien zustellen zu lassen. Wenn der Herr Commissar es vorzog, seine Berichtigung erst heute vorzutragen, so ist das seine Sache. Als Calculator der Commission zu fungieren ist ihm niemals zugemutet worden, und diese Stelle hat er auch heute nicht eingenommen. Es wäre aber zu wünschen gewesen, daß er das, was er heute gesagt, in der Commission vorgetragen hätte. Es würde ihm dann die Burrechtweisung, die ihm heute zu Theil geworden ist, erspart sein.

Reg.-Comm. Mölle: Eine Burrechtweisung kann ich überhaupt nicht annehmen und muß dieselbe zurückweisen. Die Zahlen, die ich berichtigte, steht nicht in den Anlagen, sondern im Bericht. Das ich bei dem Vorlesen dieser Zahlen sofort im Stande sein soll, die ganze Lage des Staatshaushalts-Staats zu übersehen, das kann man von mir nicht verlangen.

Abg. v. Bodum-Dolfs: Die Commission hat ihren Arbeiten zwölf Sitzungen gewidmet, der Bericht ist, wie es jedesmal geschieht, im Beisein des Herrn R.-Comm. vorgelesen worden. Wenn so grobe Unrichtigkeiten in den Zahlen vorgelommen wären, so wäre es ein Leichtes gewesen, sie sofort zu berichten.

Abg. Birchow: Der Herr Abg. für Militisch hat sich mit Bezug auf

einen gestrigene Redner dagegen verwahrt, daß die Thaten unserer Armee in Schleswig verhindert würden. Ich weiß nicht, ob er dabei mich im Sinne hatte oder den Abg. Wagener, der befürchtet erklärte, daß er mit 2 Divisionen den Krieg ebenso gut zu Ende geführt hätte. Ich will voraussetzen, daß er mich gemeint hat, und es gewährt mir besonderes Vergnügen, hier erklären zu können, daß ich ebenso stolz bin auf die Thaten unserer Armee in Schleswig-Holstein, wie irgend ein Redner auf jener Seite (der Rechten) es sein kann, daß ich aber wesentlich unterscheiden habe zwischen den Thaten der Armee und den Erfolgen der Politik, welche mit der Armee erreicht sind, und welche Sie immer übertrieben haben. Dem Herrn Abg. für Teltow erwider ich, daß er für seine Behauptung, die Finanzminister hätten immer in der preuß. Verwaltung gegen die Kriegsminister Widerstand geleistet, den Beweis schuldig geblieben ist, und meine Ausführung, die Kriegsminister wären in diesem Kampf immer Sieger geblieben, nicht widerlegt hat. Ich habe dabei die Finanzverwaltung im Sinne gehabt von der Zeit an, wo sie überhaupt in geistig geregelter Weise geführt worden ist, also insbesondere die Zeit von 1821 an. Damals, das gestehe ich zu, waren die Finanzminister siegreich, aber später nicht mehr. Die ganze Verwaltung der Finanzminister von jener Zeit an war eine klugliche und tüchtige Spartheit-Politik; sie suchten an unrichtiger Stelle zu sparen, was durch die Verschwendungen für das Militär hingeworfen wurde.

Abg. v. Benda: Der Herr Vorredner mag es mir nicht verübeln, wenn ich seine letzte Auseinandersetzung lebhaft bedaure. Es ist meine Überzeugung, daß er damit eine der besten Erinnerungen des preußischen Staates aus der absoluten Zeit angegriffen hat und in ungerechtfertigter Weise. Ich erinnere nur an das Jahr 1833, wo der preuß. Finanzminister die zweijährige Dienstzeit gegen die Kriegsminister durchgesetzt hat. Im Übrigen gedenke ich mich im Wege persönlicher Unterredung mit dem Herrn Abgeordneten zu verständigen.

Abg. Twesten: Auf alle Vorwürfe über Fehler in unserem Zusammenstellingen möchte ich erwidern, daß die Gesetz-Sammlung die Quelle war, aus der wir schöpfen; selbständige Aufstellungen haben wir nicht gemacht! Auch ist der Vorwurf nicht zutreffend, daß wir Klagen über Steuerdruck erhoben hätten. Das ist nirgends geschehen und es konnte in der That geschehen, wenn wir die Absicht gehabt hätten, uns populär zu machen. Der Abg. v. Binde hat einen Vergleich zwischen dem billigen absoluten und dem teuren constitutionellen Staat gemacht; wir scheuen diesen Vergleich nicht. Die moderne Finanzverwaltung geht von anderen Gesichtspunkten aus, als die des alten Systems; sie sucht die Tragfähigkeit zu erhöhen und zwar durch Erleichterung der Steuern, durch Vereinfachung der Ausgaben, durch gleichmäßige Vertheilung der Lasten. Wir wissen, daß die freieste Regierung die thuerste ist; die Steuerkraft steigt mit der Freiheit, das ist Naturgesetz. Die Ansprüche steigern sich mit der Civilisation und Civilisation ist Freiheit. Das Volk hat mit der Verfassung genug gewonnen, um mit Ruhe auf das billige alte System zurückzublicken. Die übrigen Vorwürfe richten sich darauf, daß wir überhaupt erriethen. Nun, unsere Existenz ist eine Nothwendigkeit und diese vertheidigen wir. Waffen materieller Macht und Gewalt haben wir nicht; sollten wir noch önein auf die Waffen verzichten, die wir besitzen? Zu diesen Waffen zähle ich, daß es in unserer Hand liegt, einmal ein Bild der Finanzlage des Landes zu geben, nicht ein Bild von den steigenden Ausgaben und Einnahmen, sondern ein Bild von der Vertheilung der Lasten. Die Bevölkerung der Zufuhrverwaltung, die Vertheilung der Ausgaben auf die verschiedenen Ressorts zu beleuchten, das ist der Kernpunkt des Berichtes. Unsere Wünsche sind bescheiden, unsere Klagen sehr gemäßigt, das Gute der Finanzverwaltung haben wir überall bereitwillig anerkannt. So lange früher Vorberichte über den Staat erstattet sind, war deren Hauptenthaltung, nachzuweisen, daß sich die Finanzlage immer ungünstiger gestalte, daß mit Deficits gewirtschaftet werde, welche wachsen würden und müssten. Das haben Finanzautoritäten zugegeben, wie die Herren v. Patow und Kühlne; noch im Jahre 1860 hat man diese Behauptung aufrecht erhalten, trotz des Zuschlages von 25 pCt. Der Zusatz ist fortgefallen, die Deficits haben nicht nur aufgehört, sondern bedeutende Überdrüsse sind erzielt. Da ist es doch nicht mehr wie billig, daß man die Lage des Landes kritisirt; dazu gab es keinen anderen Weg als den Bericht, keinen günstigeren Zeitpunkt als den jetzigen. Der Einwand des Abg. v. Binde, es sei nicht opportun, jetzt den Bericht zu erstatten, trifft ebenso wenig zu, als sein Hinweis auf den Vergleich mit den günstigeren Steuerverhältnissen in Österreich, wobei er sich auf das Werk von Czerny stützte; dort ist nämlich der Gulden zum Normalwert berechnet, auch andere Verhältnisse treten hinzu, um den Vergleich auszuschließen. Grade der Wechsel der Verhältnisse hat uns zu einem Hinblick auf die früheren Jahre und zu einem Vergleich in unserem Berichte geführt. Man sagt uns, wir hätten Hoffnungen und Erwartungen in Bezug auf Erhöhung der Lasten erregt, ohne Deckung nachzuweisen. Wir haben aber lediglich darauf angestoßen, eine Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben nach richtiger Grundlagen aufzustellen. Wir haben den Nachweis geführt, daß beispielweise die Eisennahme bei den Eisenbahnen im Jahre 1859 an Ueberschuss auf 1,800,000 Thlr. im Jahre 1865 auf 1 Mill. 400,000 Thlr. veranschlagt ist. Im Jahre 1863 war bei der Postverwaltung ein Ueberschuss von 2 Mill. jetzt ist er auf 1,360,000 Thlr. angegeben; ebenso sind die Erträge für Holzverkäufe von 8,600,000 auf 7,600,000, bei den direkten Steuern von 34,300,000 Thlr. auf 32% Mill. bei den Bergwerken von 3 auf 2 Mill. zurückgewichen. — In diesem Jahre wird eine Mehrerinnahme von mindestens 5 Mill. erzielt werden; was durch unsere Vorschläge in Fortfall kommen soll, der Zusatz zu den Gerichtskosten ic. beläuft sich höchstens auf 1½ Mill. Wir haben nur eine Einwirkung auf den Staat gewinnen wollen und darauf hin unsere Vorschläge gemacht. Die Opposition gegen die Militär-Organisation ist zu ihrer leichten Höhe gelangt, weil das Verfahren der Staatsregierung ungerechtfertigt war, weil die Regierung mit dem Parlament umgegangen ist, wie man mit keinem Parlament umgehen darf. Wenn auch die Theorie des hrn. Ministerpräsidenten von der Lüde aufrecht erhalten wurde, so durfte man doch keine andren Ausgaben machen, als die, welche man als regelmäßige oder bestehende anerkannte; wenn gegen die Regierung ferner ihr Rechtswidrig auf alle irgend wie vor ihr angelegten Ausgaben ausgedehnt hat, so ist das einfach Absolutismus sans phrase. Wenn zu diesem formellen Gesichtspunkte noch hinzu kommt, daß Finanzcapacitäten, wie die Herren v. Heydt und v. Patow, neue Deficits in Aussicht nahmen, so konnte sich die Regierung nicht wundern, daß ein allgemeiner Schrei durch das Land ging. Die Resultate haben sich anders gestaltet, das erkennen wir an, aber es sind auch andere Erfahrungen gemacht worden, welche einen Widerstand gegen die Höhe des Budgets rechtfertigen. Im

Jahr 1863 ist der Militäretat veranschlagt worden auf 38½ Mill. veranschlagt aber wurden 41,300,000 Thlr. also beinahe 3½ Mill. mehr. Wenn nun auch die Kosten für die Beziehung der polnischen Grenze dies erklärt werden, so zeigt das Verhältnis doch, daß man die höchste Aufmerksamkeit anwenden muß, um die Dinge festzustellen. Jetzt scheint es mit den Budget-Beratungen so zu werden, wie es bisher mit der Prüfung der allgemeinen Rechnungen war, es wird zur leeren Formlichkeit. Ueber die Prüfung der allgemeinen Rechnungen sagte schon der Abg. Kühlne: „Sie genehmigen, was sie gar nicht prüfen können und so wird das Ganze zu einem Gaukelspiel.“ Zu einem Gaukelspiel aber wird die ganze Budgetberatung auch, wenn es so fortgeht, wie bisher.

Den Vorwurf, die Ausgaben seien gemacht, ehe sie bewilligt worden, weil wir den Staat zu spät beraten, haben wir im vorigen Jahre abzuwenden gewußt, es hat uns nichts geholfen, zum zweitenmale aber kontrollieren wir nicht wieder so verfahren, wie im vorigen Jahre. Aus dem Minifterialschluß vom Februar 1864 haben wir nichts Neues erfahren, wir wissen, daß alle Ausgaben für den Militär-Staat unverkürzt geleistet, auf allen an den Gebieten aber Ersparnisse gemacht werden, damit die Regierung möglichst große Mittel zur Disposition hat und im Stande ist, in außergewöhnlichen Zeiten ohne Anleihen und neue Steuern zu wirthschaften. Es läßt sich berechnen, daß die Regierung auf diese Weise über 68 Millionen disponieren kann. Freilich kann man nicht wissen, wie viel davon zur Kriegsführung, wie viel zur Restverwaltung verwendet werden, allein man muß die Thatssache doch in Betracht ziehen, namentlich Angebots der Dinge, die man in künftigen Jahren zu erwarten hat; deshalb ist gerade der Militär-Staat zu reduzieren, denn man muß doch an eine Mehrausgabe für Festungsbaute und endlich an die Marine denken, dann müssen wir doch auch an das dringende Bedürfnis der Soldenhöhung denken, welches bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen nicht leicht entsprochen werden kann. Man wird somit sich auf eine Mehrausgabe von 12 Millionen für künftige Jahre gefaßt machen müssen. Gegenüber solchen Aussichten muß man, abgesehen von allen Rechtsfragen, Conflicten und Lücken, als dringendste Aufgabe erachten, tatsächlich nur diejenige Ausgabe zu bewilligen, die künftige Erhöhungen unmöglich macht. Deshalb müssen wir den Militär-Staat auch an dem Punkte reduzieren, wo es am besten möglich ist, durch Verminderung des gegenwärtigen Präsenzstandes. Daraus läuft hauptsächlich unser Bericht hinaus, darum sprechen wir aus, daß die Vertheilung der Lasten nicht richtig, und eine Umgestaltung des Statis notwendig ist. Ich glaube nicht, daß man das voreilig finden kann, und Niemand wird erwarten, daß das Haus des Militär-Staat billigen wird und kann. Dagegen möchte ich dem Birchow'schen Antrage nicht zustimmen; der würde uns legitimieren, den Staat abzulehnen, das haben wir nicht gewollt. Wir haben nur hinstellen wollen, was uns wünschenswerth erschien, um das jährlige und künftige Budget nicht zu verwerfen.

(Der Kriegsminister v. Roon tritt in den Saal.)

Solche Anträge wären nur berechtigt, wenn wir im Einverständnis mit der Regierung lebten. So aber ist vom Ministerium noch nichts ausgegangen, als die Forderung, uns seinem Willen zu unterwerfen. Der Minister des Innern hat kurz vor Eröffnung der Session gesagt, über Prinzipien könne man sich nicht versöhnen; hier hat er uns bald darauf auseinander gesetzt, man müsse sich versöhnen. Ich meine, es heißt nicht Versöhnung, wenn man das Petitionsrecht der Gemeinden befrünt, Communalbeamte nicht bestätigt, oppositionelle Staatbeamte verfolgt, die liberale Presse unterdrückt; das heißt vielmehr die Opposition steigern, den Kampf erhöhen, die Stimmung verbittern, und zur Verhöhnung sollte wenigstens von beiden Seiten etwas geschehen. — Der Bericht hat den Kampf vermieden, er hat es unternommen, in eine materielle Erörterung darüber einzugehen, wie die Ausgleichung dadurch erfolgen kann, daß man den materiellen Bedürfnissen Rechnung trägt. Es ist ganz hinfällig, wenn man uns sagt, wir wollten nur nach Popularität jagen; wir seien machtlos und könnten höchstens kleine Steine in die Maschine der Regierung werfen, die deren Gang höchstens aufzuhalten, nicht hemmen könnten. Ja, wenn wir die Macht haben, solche Steine zu werfen, so sollte doch die Regierung darauf Rücksicht nehmen, daß es nicht geschehe und ihr Gang beschleunigt bleiben könnte. — Die Regierung hat viel dazu gethan, die öffentliche Meinung gegen sich und gegen Preußen zu leiten. In der vorigen Session hat der Herr Ministerpräsident von dem Bündniß mit Österreich, wie von dem Bündniß mit dem Bösen, gesprochen; jetzt scheint dies Bündniß eingemessen in Frage gestellt zu sein, wenigstens sind die Resultate zweifelhaft. Nun, das Ministerium sollte keine Söhne nicht draußen suchen, sondern da, wo sie wirklich uns nahe liegen, in der Einigung mit dem preußischen Volle. Das wird jeder Patriot wollen, aber wer das Ziel will, der muß auch die Mittel wollen. Wir wollen sie und geben für an die Hand, das ganze Land ist bereit, den formellen Streit zu beenden; die Majorität dieses Hauses ist bereit, selbst mit Aufopferung frischer Ansichten die Ausgleichung zu suchen auf dem Wege, den wir vorgeschlagen haben. Wenn wir nach Popularität jagen und Agitation wollen, dann hätten wir ganz anders verfahren und eingehen können in populären Anschauungen und Vorurtheile. Wir sind rein thätsächlich zu Werke gegangen, indem wir eine erlaubte, eine gebotene Reform der Finanzlage vorschlugen. Was wir thun, ist in England jeder Zeit geschehen; ohne solche Agitation und Resolutionen im Parlament wäre es weder zur Abhängigkeit der Kornmölle noch zu irgend welchen Steuerreformen gekommen. Andererseits meine ich, Nichts ist so notwendig, als das Volk abzuleiten, vom Kampfe um gelegentliche Verfassungsfragen und hinzuführen auf das Gebiet materieller Angelegenheiten und ihm an diesem die Rechtsfragen anschaulich zu machen, und das Volk auf die Weise zu seinem höchsten Ziel, zur Selbstständigkeit und Selbstverwaltung in Gemeinde und Parlament zu erziehen. Auch nach dieser Seite hin hat unser Bericht gefehlt, seine Aufgabe zu lösen, und wenn uns dies gelungen, so werden segensreiche Früchte nicht verloren, unsere Zwecke nicht verfehlt sein. Haben wir darauf hingewiesen, daß durch die materielle Lage das Mittel zur Verständigung gegeben ist, so ist es Sach der Regierung, darauf einzugehen, wenn sie nur von Verhöhnung spricht, sondern sie auch wirklich will. Wenn wir sie dahin bringen, dann ist unser Zweck erreicht, dann haben wir nicht umsonst gearbeitet! (Lebhafte Beifall.)

Das Haus tritt nun mehr in die Special-Berathung über die einzelnen Abtheilungen des Berichts ein. Zu I. (Der Staatsdach und die General-Staatskasse) und II. (Öffentliche Schulden) wird das Wort nicht verlangt. Zu III. (Domänen- und Forstverwaltung) führt Abg. Osterath aus, daß die Aufstellungen des Berichts nicht genügend seien, um darauf Anträge zu

hoher Haufen aufgetürmten Haussgeräthe, Bücher und Gemälde als protestantisches Brandopfer zum Himmel aufzuladen. Diesmal sind auch die Mauern zusammengefallen, und eine wohl zwei Morgen große, mit verborgenen und rauchenden Trümmern bedeckte Fläche ist Alles, was daran erinnert, daß hier ein Palast mit stolzen historischen Associationen allmählich zu einer großen Schaubude für „lebende Bilder“, Negerländer, ein- und zweibeinige Tänzer herabstieß, ehe er ganz von der Erdberfläche vertilgt wurde. Kein anderes Viertel Londons trägt einen so melancholischen Charakter an sich, als dieses Leicester Square und seine nächtliche Umgebung. Namentlich wenn man des Abends über den spärlich beleuchteten, menschenleeren, von allen lebendigen Gespüren gemiedenen Platz wandert, so kann man sich kaum des schauerlichen Gefühls erwehren, als wenn man über einen Kirchhof schritte. Und ein Kirchhof ist es auch. Die verzweifelten Verluste, die man macht, um ein unnatürliches Leben auf dieser Stätte des Todes zu galvanisieren und zur Lustigkeit einzuladen, während Alles zur Trauer mahnt, diese hausböhen, in allen Farben schillernden Bildnisse und Plakate, durch welche die Alhambra und das nur zerstörte Saville House-Publikum in ihre mit Humbug und Decorationen überladenen Räume zu laden sucht — dienen nur dazu, um durch die Gewalt der Gegenläufe den melancholischen Charakter des Platzes noch fühlbar zu machen. Ein Kirchhof wird dadurch nicht lustiger, daß man Ballettstände auf seinen Gräbern aufführen läßt, und nichts macht einen unmuthigeren Eindruck, als die Profanation. Leicester Square ist eine Geschichte, die sich mit jedem Begriffe ausfüllen läßt, und nichts macht einen unmuthigeren Eindruck, als die Profanation. Leicester Square ist eine Geschichte, die sich mit jedem Begriffe ausfüllen läßt, und nichts macht einen unmuthigeren Eindruck, als die Profanation.

Wien, 14. März. [Wilhelm v. Chezy +] Der Schriftsteller W. v. Chezy starzte gestern Abends 6 Uhr, nachdem er das Kaffeehaus „Damm“ verlassen hatte, plötzlich bestimmtlos niederr; er wurde, da keiner der Passanten ihn kannte, sogleich in das allgemeine Krankenhaus gebracht, wo er um 10 Uhr Abends verschied. Der Verstorbenes war in der jüngsten Zeit mit der Vollendung des letzten Bandes seiner Memoiren beschäftigt. Chezy, der noch nicht sein 60. Lebensjahr vollendet hatte, war hier journalistisch abwechseln bei dem „Volksfreund“ und bei der alten „Presse“ thätig.

**3. Dieselbe Sage in Schlesien und Meissen.** Unter dieser Überschrift erwähnen die „Schles. Provinzialblätter“ folgende literar-historische Gesamtigkeit. Das Gedicht von Ernst Langbein: „Rechenberg's Knecht“

„Es lebt einmal im schönen Lande Meissen“

Ein Ritter, Curt von Rechenberg geheißen . . .“

schreibt den Ursprung seiner Sage aus Schlesien; vergl. Fälleborn's „Bresl. Erzähler“, 2. Jahrg. 1802, Nr. 26, S. 402, wo „Hans v. Rechenberg von Windisch-Bohra, Freiherr zu Schlam und Wartenberg und Herr zu Freystadt“ (an welchem Orte er auch begraben liegt) als der Held dieser Legende auftritt. Das dieselben Sagen sind an mehreren Orten wiederholen, kommt häufig vor; daß die unsrige aber eine geschichtliche Person (eine solche ist der Hans v. R.), nur mit Aenderung des Vornamens, auf eine andere Lokalität überträgt, ist seltsam. Aus welcher Hand mag der erstgebüchte poetische Bearbeiter seinen Stoff hergenommen haben?

gründen, da sie auf die Verschiedenheit des Bodens der Domänen und der Forsten, sowie auch auf den Kaufpreis keine Rücksicht genommen. — Referent Abg. v. Hoyerbeck weist den Vorwurf, daß die Commission der Regierung über das Prinzip der Verwaltung habe Lehren geben wollen, zurück, da in dieser Beziehung vollständig einverstanden zwischen der Commission und den Vertretern der Staatsregierung gekommen sei. Wenn der Abg. Osterath meine, daß die Aufstellung der Einnahmen und der Ausgaben Sache der Staatsregierung sei, so gebe er dies als richtig zu; aber Sache der Commission sei es, die Aufstellung zu prüfen. Wenn endlich der Vorredner bemerkt habe, daß es früher ein gutes Prinzip gewesen sei, die Einnahmen recht niedrig und die Ausgaben möglichst hoch zu bemessen, so erwiedere er, daß die Commission dies auch gethan habe, aber zu dem Resultat gekommen sei, daß davon ein übermäßiger Gebrauch gemacht und daß Überschüsse in den Staatsdruck abgeführt worden, welche dem jetzigen Ministerium zu Schweden gedenkt hätten, die von dem Hause nicht gebilligt werden könnten.

Zu IV. (Berg-, Hütten- und Salinenweisen) weiß Abg. v. Lettau darauf hin, daß die Regierung von dem im Januar d. J. erfolgten Verlauf der Sainerhütte für 500,000 Thlr. bei Aufstellung des Staats noch keine Kenntnis hatte, und diesen Verlauf deshalb noch nicht berücksichtigen konnte. Bei den Einnahmen aus der Bergwerksverwaltung müsse man besonders vorsichtig sein. Seit 1864 hätten sich erhebliche Mehrerlöse gegen den Staat herausgespielt; (1856 um 550,000 Thlr., 1857 um 1,000,000, 1858 um 180,000 Thlr., 1859 um 960,000 Thlr., in den 4 Jahren also um über 2½ Millionen.) Er wolle mit der Commission hoffen, daß dies auch in diesem Jahre geschehen werde. Auf solche Hoffnungen könne man aber keine Anträge basten. Die Überschüsse würden zu den verschiedensten Ausgaben gebraucht — er erinnere nur an die Mehr-Ausgaben bei der Militär-Verwaltung und den Strafanstalten, hervorgerufen durch die Theuerung der Lebensmittel — und wenn ein Theil davon selbst in den Staatsdruck fließen sollte, so würde er dies nur mit Freuden begrüßen können.

Abg. Dr. Hammacher: Es liege kein Grund vor, an der Zuverlässigkeit der Wahrscheinlichkeitsrechnungen der Commission zu zweifeln. Seiner Ansicht nach würden die Einnahmen in diesem Jahr weit höher sein. Die Preise der Steinöfen und die Ergebnisse der Eisenwerke wären im Steigen; jeder Pfennig der Erhöhung des Preises der Steinöfen pro Centner finde sich in der Staatskasse mit 125,000 Thlr. wieder. Er mache darauf aufmerksam, daß es gefährlich sei, der Staatsregierung die Veräußerung der Bergwerke zu empfehlen. Es sei bekannt, daß die Erräge aus dem Verkauf dieser Werke, dem Staatsdruck zuziehen. Nun repräsentiere aber der Verkaufswert der gesammelten Berg- und Hüttenwerke des Staates incl. der Salinenwerke ein Kapital von mindestens 100 Millionen. Die tgl. Staats-Regierung habe die Säuerhütte ohne Vorbehalt der Zustimmung des Landtags verlaufen; dieselben Gründe, die sie zu diesem Verkauf geleitet, könnte sie auch gelten machen, wenn sie sich veranlaßt fühle, auch die anderen Werke zu verkaufen. Die Folge davon würde sein, daß die Staatsregierung sich dann in der Lage befinden, jeden Tag sich ein enormes Kapital zu schaffen und in den Staatsdruck abzuführen. Dadurch werde einmal das Budget eine Einnahme entbehren müssen; ferner aber werde die Staatsregierung für ihre constitutionellen, oder unconstitutionalen, für ihre verfassungsmäßigen oder verfassungswidrigen Absichten in dem Staatsdruck eine solche enorme Summe zu ihrer Verfügung haben. Von diesen Gesichtspunkte aus habe er es befürchtet, daß die Commission die Staatsregierung zu dem Verkauf gewissermaßen provoziere, wenn er auch im Prinzip damit einverstanden sei. Er rufe an die Budget-Commission die Bitte, in ihren Specialberichten auf diesen Gegenstand zurückzukommen und darauf bezügliche Anträge zu stellen. (Bravo!)

Der Referent Abg. v. Hoyerbeck erwidert darauf, daß der Vorredner mehr das Recht der Staatsregierung zu dem Verkauf, als den Bericht der Commission verstanden habe. Seine Furcht sei übrigens unbegründet, denn die Commission empfiehlt nur den Verkauf der kleineren und weniger rentablen Hütten und Salinen. Nach dem Gesetz könne man die Staatsregierung daran nicht hindern, wohl aber darüber wachen, daß die Summen aus den Verkäufen in das Budget aufgenommen würden. Die Rechnung dieser Summen würde der Staatsregierung schon gemacht werden.

Zu V. (Eisenbahn-Verwaltung) macht Abg. Osterath einige Bemerkungen, welche der Referent Abg. Reichenheim, als auf irrtümlicher Auffassung beruhend, widerlegt.

Zu VI. (Postverwaltung) erhebt sich keine Debatte.

Zu VII. (directe und indirekte Steuern)theilt der Ref. Abg. Michaelis mit, daß das Haus bereits im Jahre 1862 von der Staatsregierung eine nach Kreisen zusammengestellte Uebersicht der in den Jahren 1857—61 zu Provinzial-, Kreis- und Gemeindebezirk entrichteten Abgaben verlangt habe. Auf die Anfrage, in wie weit der Minister in der Lage sei, diese Statistik vorzulegen, sei die Antwort erfolgt, daß sie nicht vorhanden sei. Auf die erneute Anfrage der Commission habe deren Vorsitzender unter dem 13. d. Mts. eine Antwort des Ministers erhalten, wonach die betreffenden Arbeiten etwa am Schluß dieses Jahres beendet sein würden. Ich hoffe, so schreibt der Redner, daß diese Statistik dann um so besser sein wird, denn: was lange währt, wird ja gut, und diese hat lange genug gewährt.

Abg. Dr. Waldeck verweist auf die vielfachen Klagen, welche die Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer hervorgerufen habe, erörtert dann die Bestimmungen der Art. 100 n. 109 der Verfassung und führt aus, daß das Haus nur berechtigt sei, die Erhebung einer Steuer für einen bestimmt begrenzten Zeitraum zu beschließen. Diese Ansicht habe er schon früher, im Jahre 1861 ausgesprochen. Die Klagen über die Gebäudesteuer hätten ihren Grund nicht in der Veranlagung, sondern in den Fehlern des Gesetzes. Der Staat sei ein Gesetz, und wenn man durch ihn ein fehlerhaftes Gesetz los werden könne, so sei man verpflichtet, dies zu thun. Die Militärvorlage sei verworfen, die Kosten der Neorganisation dreimal abgesetzt, wir könne das Haus es verantworten, wenn es die Erhebung der Steuern im Staat stehen lasse. Die Steuerlast sei nach der jetzigen Veranlagung für Stadt und Land unerträglich. Unbedenklich könne im Staat jede Ausgabe abgesetzt und jede Steuer befreit werden, welche man nicht für notwendig halte. Deshalb habe die Verfassung den Staat ein Gesetz genannt, vor dem alle andern Gesetze schwigen müssen. Dies Recht wolle er gewahrt sehen. Wenn die Volksvertretung eine Continuität anstrebe und diesen leichten Nerv aus der Verfassung herausziehe Angesichts der großen Überbelastung, namentlich des Militär-Staats, dann glaube er, sei die Hoffnung auf Erfolg sehr gering. Er nehme dann aber für sich eine Continuität seiner Ansichten in Anspruch, und infofern könne er sagen: Dixa et salvavi animam meam.

Nach einem längeren von der Unruhe im Hause mehrfach unterbrochenen Vortrage des Hrn. v. Gottberg, wird die Debatte fortgesetzt. Der Präsident schlägt für die nächste Tagesordnung den Bericht der Abtheilung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. v. Lettau vor. Abg. v. Ernsthausen widerspricht dem: es ziehe sich nicht, die Diskussion über den Bericht der Budget-Commission durch eine Wahlprüfung zu unterbrechen, und man müsse in jedem Falle Hrn. v. Lettau, der heute sich an der Debatte beteiligt, Gelegenheit lassen, auf etwaige Angriffe zu antworten. Abg. v. Hennig kann das leichtere Motiv nicht gelten lassen; wenn Hr. v. L. das Haus heute auch durch eine Rede erfreut habe, so könne man doch die Prüfung seiner Wahl nicht so lange beanstanden, bis er etwaige Erwiderungen auf seine heutige Rede abgeworfen habe.

Abg. Kosch räth aber, die Wahlprüfung bis nach dem Schluss der gegenwärtigen großen Debatte zu verlängern, auf ein paar Tage lässe es ja doch nicht an. Die Versammlung tritt dieser Ansicht bei.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Berlin, 15. März. [Amtliches.] Sr. Majestät der König haben allgemein geruht, dem Medizinalrat Dr. Waldorf zu Koblenz, dem Ober-Präsidenten und Regiments-Arzt Dr. Goede des rheinischen Kürassier-Regiments Nr. 8, dem Domänen-Rentmeister, Domänen-Math. B. Bialke zu Stolp und dem Arbeits-Inspecteur Finsterwalder bei der Strafanstalt zu Halle a. S. den rothen Adler-Orden vierter Classe, dem Rittergutsbesitzer und ersten Kreis-Deputierten Franz Posten und dem Banquier Jacob Le Hanne zu Neuburg im Regierungsbezirk Düsseldorf den königl. Kronen-Orden vierter Classe, dem Kaufmann und Post-Epediteur Ullendorf zu Groß-Schönwitz im Kreise Cottbus und dem bisherigen Kaserne-Wärter Daveditz zu Königsberg i. Pr. das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Premier-Lieutenant Feh. v. Dobeneck, im Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Dem Ingenieur R. Block in Berlin ist unter dem 13. März 1865 ein Patent auf einen Sicherheits-Beschluß für Gasleitung erteilt worden.

Der Advokat Dr. jur. Drewcke in Köln in zum Anwalt bei dem König. Appellations-Gerichtshofe in Köln ernannt worden.

Berlin, 15. März. [Ihre Majestät die Königin] besuchte gestern den Verkauf zum Besten des Berliner Kirchenbau-Vereins.

Vom 15. März bis 1. April übernehmen den Kammerherrendienst bei Amtsgerichtsversetzung die königl. Kammerherren Graf Schulenburg-Hessler und Graf Hugo Matuschka. (St.-A.)

© Berlin, 15. März. [Die Regierung und das Bu-

get. — Die Kriegsmarine.] Die Nachricht, daß die Regierung in der Budget-Angelegenheit eine Erklärung vor das Haus bringen werde, ist vielfach dahin gedeutet worden, als ob dieselbe eine neue Auffassung des Budgetrechtes darlegen wolle; dies ist aber nicht richtig; man glaubt vielmehr, daß die Regierung nur die Anträge der Budget-Commission für inopportun erklären und sagen werde, daß dieselben auf die Feststellung des vorliegenden Budgets ohne Einfluß bleiben würden. — Die heutige Nummer der „Prov. Correspondenz“ bespricht im ersten Leitartikel unter dem Titel: „Unklare Versuche“ das Verhalten des Abgeordnetenhauses in der Militärfrage und kommt zu dem Schluß: „Von Neuem tritt die Forderung an das Haus: zunächst sich selber darüber klar zu werden, was es in der Militärfrage will — während es bisher stets nur gesagt hat, was es nicht will.“ (Wir glauben, die Macher der „Prov. Correspondenz“ sind die Einzigsten, welche das behaupten. D. Red.) — Der zweite und dritte Artikel bespricht das Verhalten des Hauses in der Budget-Angelegenheit und schließt mit den Worten: „Wie aber die Regierung grundfährlich anerkennt, daß sie nicht berechtigt ist, einseitig neue Ausgaben zu beschließen, so steht andererseits fest, daß das Abgeordnetenhaus nicht berechtigt ist, einseitig alte Ausgaben zu kürzen oder zu streichen. — Zuletzt wird der Bestand der preußischen Marine angegeben, und zwar in folgender Zusammenstellung:

#### Die preußische Kriegs-Marine

hat zur Zeit folgenden Bestand an Schiffen und Fahrzeugen:

I. Segelschiffe.		
1) Fregatte Gefion	mit 48 Kanonen,	zur Zeit in Danzig,
2) " Thetis	" 36 "	ebenso,
3) " Niobe	" 26 "	Kadettenschiff,
4) Brigg Rover	" 16 "	Schiffsjungenschiff, <span style="float: right;">§ 3</span>
5) " Mosquito	" 16 "	ebenso,
6) " Hela	" 6 "	in Danzig,
7) Kaserne- und Wachtsschiff Barbarossa	"	ebenso,
8) Schooner Altis, an der Fahrt,	"	
9) " Leopard, ebenso.		

#### II. Dampfschiffe.

1) Schrauben-Corb. Arcona	mit 28 K.	400 Pferdek., im Dienst,
2) " Gazelle	" 28 "	400 "
3) " Vinea	" 28 "	400 "
4) " Ichmpe	" 17 "	200 "
5) " Augusta	" 14 "	400 "
6) " Victoria	" 14 "	400 "
7) Dampf-Aviso Preuß. Adler	" 4 "	300 "
8) Loreley	" 2 "	120 "
9) Bugfährboot Greif	" 50 "	in Stralsund,
10) Königliche Yacht Grille	" 160 "	in Danzig.

#### III. Schrauben-Dampf-Kanonenboote.

Sechs Boote 1. Klasse mit je 3 Kanonen und 80 Pferdekraft, nämlich Kamäleon, Comet, Cyclop, Delphin (im Dienst), Basilisk und Böhm (in Stralsund).

Fünfzehn Boote 2. Klasse mit je 2 Kanonen und 60 Pferdekraft, nämlich Fuchs, Hay, Habicht, Hähne, Jäger, Krokodil, Natter, Peil, Salamander, Schwalbe, Scorpion, Sperber, Tiger, Wespe, Wolf (sämtlich in Stralsund).

#### IV. Ruderfahrzeuge.

34 Ruder-Kanonen-Schaluppen mit je 2 Kanonen, in Stralsund,

4 Ruder-Kanonen-Zollen mit je 1 Kanone, ebenso

V. Dazu kommen die im Bau begriffenen Schiffe.

a. Auf der königl. Werft zu Danzig:

1) Schrauben-Corvette Hertha	mit 28 Kanonen, 400 Pferdek.
2) Schrauben-Corvette Medusa	" 17 "
3) Schrauben-Kanonenboot I. Kl. Meteor	" 3 "
4) Schrauben-Kanonenboot I. Kl. Drache	" 3 "

b. In London:

1) Panzer-Fahrzeug Arminius	" 4 "
-----------------------------	-------

c. In Bordeaux:

1) Panzer-Widderschiff Cheops	" 3 "
-------------------------------	-------

Die gegenwärtige Stärke der Kriegsmarine an Offizieren und Mannschaften beträgt:

1) Stamm-Division der Flotte der Ostsee:	
See-Offiziere	117,
Mannschaften (mit den Schiffsjungen)	1741,
Aerzte . . . . .	24,
2) Werft-Division	598,
3) See-Bataillon nebst den See-Artillerie-Compagnien:	
Offiziere . . . . .	38,
Mannschaften . . . . .	890,
Stabswacht . . . . .	24.

© Berlin, 15. März. [Von den Absichten der Mittelstaaten auf einen in der Bundesversammlung einzulegenden Feldzug gegen Preußen] hat man noch immer keine genauere Kenntnis. Das erklärt sich sehr natürlich, schon deshalb, weil die Staatsmänner der „dritten Gruppe“ noch nicht ganz unter sich selbst einig sind, und bisher unsichere Anstrengungen gemacht haben, um die offene Unterstützung Österreichs zu erlangen. Das wiener Kabinett handelt sicher nicht bloß aus Rücksichtnahme auf Preußen, wenn es den würzburgischen Eiser etwas im Zugel hält. Man ist eben in Wien nicht genug, um zu begreifen, daß weder die Regelung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse erleichtert, noch das Ansehen des Bundes gehoben wird, wenn man in Frankfurt Motionen anregt, welche der entschlossenen und unangreifbaren Stellung Preußens gegenüber unfehlbar im Sande verlaufen müssen.

[Epidemische Krankheit.] Die „Nord. A. B.“ schreibt: In der „Königsberger Hartung“ vom Sonnabend, den 11. d. M., ist in einem aus Elbing datirten Artikel der Wunsch ausgesprochen worden, daß ein tüchtiger Arzt den Verlauf der in dem Kirchdorf Jungfer und an anderen benachbarten Orten in der Umgegend von Elbing unter den Kindern ausgebrochenen epidemischen Krankheit genau beobachten und das Resultat veröffentlichen möge. Diefen Wunsche sind die Behörden zuvorgekommen. Der Minister der geistlichen A. Angelegenheiten hat sogleich nach erlangter näherer Kenntnis von dem epidemischen Auftreten der Krankheit, welche in einer entzündlichen Affection der Hirnhäute und der Hölle des Rückenmarkes besteht, den kiesigen Professor Dr. Hirsch, einen Mann, der vorzugsweise seinen Leistungen in der Erforschung des Wesens der Epidemien seinen wissenschaftlichen Ruf verdankt, in die Gegend von Elbing zu entsenden, um die Krankheit in wissenschaftlicher Beziehung zu studiren und die curativen Beziehungen etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Präsidenten und dem Medizinalrat der Regierung zu Danzig zu treffen.

[Mewahl.] In Lyck ist heute an Stelle von Böhlhusen Herr Ebbhardt mit 211 Stimmen gegen 130 Stimmen gewählt, welcher letztere der Landrat v. Brandt erhielt, der zugleich als Wahl-Commissarius fungirte.

Königsberg, 15. März. [Die Beschädigung des Hrn. Major

b. Kaltreuth] in Folge des Schneiders Dühring gegen ihn am Montag Nachmittags ganz ohne alle Veranlassung

**Coblenz**, 13. März. [General v. Bonin.] Heute Vormittag in der neunten Stunde verschloß hier plötzlich (wie bereits gemeldet), ohne vorheriges Unwohlsein, in Folge eines Lungenschlages, der commandirende General des achten Armeecorps, der General der Infanterie, General v. Bonin. In Stolp (Pommern) am 8. März 1793 geboren, war er selbst bereits 1808 in die preußische Armee eingetreten. Nach der unglücklichen Schlacht bei Jena ward er in der Nähe von Lübeck verwundet und geriet in französische Kriegsgefangenschaft. Ranzioniert, begab er sich nach Breslau, wo er drei Jahre lang das Gymnasium besuchte, und trat dann 1809 als Portepee-Fähnrich ins erste Garde-Regiment. In folgenden Jahren zum Lieutenant befördert, mache er die Feldzüge von 1813—1815 als Adjutant mit, zeichnete sich besonders bei Lüben aus und avancierte 1817 zum Hauptmann, 1829 zum Major, 1840 zum Oberst-Lieutenant, 1841 zum Commandeur des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments, 1842 zum Oberst und 1848 zum General-Major, als welcher er die preußische Brigade in Schleswig-Holstein gegen die Dänen comandirte. Nach dem Friedensschluß von Malmö ernannte ihn die damalige deutsche Central-Gewalt zum Commandeur der Reichstruppen in den Herzogthümern, deren Statthalterchaft ihm den Generals-titel und den Auftrag ertheilte, die schleswig-holsteinische Armee zu reorganisieren. Im Feldzuge von 1849 führte er denn auch diese Armee, dankte aber, als nach dem Ueberfall von Friederica der Friedensschluß erfolgte, ab und trat im April 1850 in die preußische Armee zurück. Zunächst zum Commandanten von Berlin ernannt, erhielt er im October das Commando des Armeecorps, das sich an der hessischen Grenze zusammenzog, und als dieses wieder aufgelöst worden war, das Divisions-Commando in Trier. Am 15. Januar 1852 ward er, da der Kriegsminister, General v. Stodhausen, zurückgetreten war, mit dessen Portefeuille betraut und bald darauf zum General-Lieutenant ernannt. Er führte das Kriegsministerium bis in den Mai 1854, wo er zurücktrat und das Divisions-Commando in Neisse erhielt. Im April 1856 zum Festungs-Commandanten von Mainz ernannt, ward er am 6. November 1858 abermals ins Ministerium berufen, aber schon am 28. November 1859 legte er das Kriegs-Portefeuille wieder nieder und übernahm das Commando des achten Armeecorps in Coblenz. Er war nicht nur Ritter des eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse, sondern auch des schwarzen Adlerordens, des Ordens pour mérite etc. Der Verstorben war nicht bloss ein ausgezeichnete Militär, sondern auch ein aufrichtig constitutionell gesinnerter Minister, mit dessen Rücktritt die Krise in unserem Verfassungselben bereits anbrach. (R. S.)

### Deutschland.

**Wiesbaden**, 11. März. [Die polizeilichen Recherchen] nach dem auf der letzten Versammlung der Fortschrittspartei in Castel vertheilten Flugblatte: „Zur Neuwahl 1865“ währen noch fort. In diesen Tagen wurden, wie das „Tepl. J.“ meldet, bei dem Procurator Schenk und dem Kaufmann W. Deffner Haussuchungen vorgenommen, wahrscheinlich in der Absicht, des Manuscriptes jenes Flugblattes habhaft zu werden; es wurde jedoch nichts vorgefunden. — In der Anklagesache des Regierungs-Directors Werren gegen die Procuratoren Braun und Leißler wegen Ehrenkrankung durch den beantragten Ausschluß aus der Wahlversammlung unter der Beschuldigung, daß Werren wegen Einswuchers in Untersuchung gestanden habe, ist die von dem Kriminalsenate des Hof- und Appellationsgerichts dahier die von dem Angeklagten beantragte, von dem Justiziamte verweigerte Vollständigung des von dem Angeklagten angestrebten Entlastungsbeweises mit den Acten der Militärbehörde und Zeugen verfügt worden. Auf den Ausgang der Sache ist man sehr gespannt.

**Schwerin**, 12. März. [Arbeitermangel. — Nachtheile des Buntwesens.] Während der Arbeitermangel auf dem Lande einen immer bedeutenderen Umfang annimmt, mehren sich auch die Klagen der zünftigen Handwerker in den Städten über die Schwierigkeit, die erforderlichen Arbeitsgehilfen zu finden. Man hat in letzterer Beziehung bisher sich begnügt, das Uebel mit einigen Vorderungen der alten Buntordnungen zu bekämpfen, durch welche jedoch, weil sie dasselbe nicht an der Wurzel erfassen, wenig geholfen ist. Ich berichte vor einiger Zeit von einigen, durch das Ministerium des Innern verfügten Aenderungen der Buntrollen, durch welche der Zwang zur Wanderung ins Ausland für die Gesellen der meisten Banfe, die Gesellenbau und die Beschränkungen in der Annahme von Lehrlingen unter gewissen Bedingungen aufgehoben werden. Von den Seestädten war bisher nur Rostock in gleicher Richtung vorgegangen. Hier hatte der Rath schon im Jahre 1862 die Verfügung erlassen, daß die Zunftmeister neben zünftigen Gesellen auch andere Gehilfen beiderlei Geschlechts abbilden durften, was jedoch rücksichtlich der Maurer- und Zimmergesellen, auf eingelegten Recurs derselben, vom Ministerium später dahin abgeändert ward, daß die den Zunftmeistern eingeräumte Freiheit nur soweit in Anwendung kommen solle, als es nachweislich an den für die Beschaffung der handwerklichen Arbeiten erforderlichen zünftigen Arbeitern fehle. Im Jahre 1864 wurde in Rostock für die meisten Handwerksämter der bisherige Zwang der Gesellen zum Verlassen der Stadt auf 6 Wochen in dem Falle des Auszugs aus der Arbeit bei einem Kunstmeister aufgehoben. In den letzten Tagen ist nun auch Wismar mit Aenderungen der Buntrollen im Sinne der Herbeiführung einer größeren Beweglichkeit der Arbeitsträte hervorgegangen. „Der immer mehr sich fundgebende Mangel an Gesellen in verschiedenen Gewerken und die damit für die Meister und das gesamte Publikum verbundene Nachtheile gegeben“, wie es im Eingange des Ratbeschlusses heißt, „die Aenderung einzelner amtskommunaler und zunstreichlicher Bestimmungen.“ Diese Aenderungen stimmen in zwei Punkten: der Aufhebung der Gesellensau und der Freigabe der Annahme einer größeren Anzahl von Lehrlingen, die aber, so weit sie über die Zahl von 2 hinausgeht, an gewisse Bedingungen getroffen ist, mit der Ministerialverfügung für die Landstädte überein. Als dritter Punkt kommt hinzu: „Neben zünftigen Gesellen oder statt derselben kann jeder Amtsmeister in seinem Gewerbe auch andere Arbeitsgehilfen ohne Unterschied des Geschlechts verwenden. Von dieser Befugnis dürfen aber die Meister derjenigen Aemter, welche Gesellen haben, die als solche das Vierrecht gewonnen, erst dann Gebrauch machen, wenn jene Gesellen von ihnen in Arbeit angestellt sind.“ (H. R.)

**Nus Holstein**, 10. März. [Ein herrenloses Land.] Die „Ebd. 3.“ schreibt: Seit Kurzem vermeidt der Sohn des Justizrats Tetens aus Wilster wieder in seiner Vaterstadt; das wäre nun an sich nichts Besonderes, wenn Herr Tetens sich nicht zum Biscleönig der Karolinen-Inseln nördlich von Neu-Guinea aufgeschwungen hätte. Der Biscleönig war Seemann auf englischen Handelschiffen, besuchte auf einem englischen Schiffe die Karolinen-Inseln, um von da mit in China hoch bezahlten Schnecken-Tauftschiffen in China zu treiben. Er kehrte dann auf die Karolinen-Inseln zurück, verband sich mit einer Tochter des Königs derselben, wurde rechts und links tätowirt, später Ritter des Knochenordens, machte mehrere Kriege der Eingeborenen als Häuptling mit und kaufte vom König eine der Inseln, auf welcher er sich ein Haus baute, das während seiner Abwesenheit der Schwiegervater bewohnt. Tetens hatte ein Schiff nach Amsterdam zu führen und besucht nun bei dieser Gelegenheit seine Heimat wieder. Bis dahin wäre die (in ihren Details ganz wahre) Geschichte ziemlich scherhaft. Tetens hat jedoch die preußische Regierung auf die noch nicht occupirten Karolinen-Inseln aufmerksam gemacht. Auf seiner Insel gerathen Indigo, Tabak und Baumwolle vertrefflich, und gelegentlich wird wohl ein Besuch der preußischen Schiffe nicht ausbleiben.

**Kiel**, 14. März. [Berichtigung. — Feier.] Der „N. Pr. Ztg.“ wird geschrieben: „Die von österreichischen Blättern mitgetheilte und von der partikularistisch schleswig-holsteinischen Presse eiligt verbreitete Nachricht, daß die in den Elbherzogthümern stehende österreichische Brigade Kalis nicht mehr unter preußischem Oberbefehl stehn, sondern zur Verfolgung des österreichischen Civil-Commissars Chr. v. Halbhuber gestellt sein solle, erweist sich als vollständig unbegründet, und ich kann aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die Brigade Kalis nach wie vor unter dem direkten Oberbefehl des preußischen Commandirenden, Generals Herwarth v. Bittenfeld, steht. — Am Freitag, den 17. März, feiern die Offiziere der hier stationirte Kriegsschiffe den Jahrestag des rühmlichen Seegeschäfts der preußischen Marine bei Kasimund durch ein Diner in der Börse.“

**Aus Dithmarschen**, 12. März. [Zur Stimmung.] Bei der zähen Abhängigkeit, mit welcher die ländliche Bevölkerung im Dithmarschen stets an den überlieferten Zuständen festhielt, ist es gewiß nicht zu verwundern, wenn die Neuerungen, die man im Gefolge einer näheren Verbindung mit Preußen heranziehen sieht, hier vorzugsweise auf einen weit verbreiteten Widerstand stoßen. Doch fehlt es auch hier nicht an einsichtigen Männern, welche sich weigern, der in den schleswig-holsteinischen Vereinen zur Herrschaft gelangten partikularistischen Strömung Vorwurf zu leisten. Wie die „Tepl. Nachr.“ melden, hat Vollmaß Witt in Büsum die auf ihn gefallene Wahl eines Ausschußmitgliedes der schleswig-holsteinischen Vereine abgelehnt. Von den 10 in Rendsburg gewählten Mitgliedern haben danach überhaupt nur 6 angenommen. Kiel und Altona sind jetzt im Ausschuß durch je 2 Mitglieder, das übrige Holstein ebenfalls durch 2, ganz Schleswig aber gar nicht vertreten. — Ferner traten in Folge der rendsburger Beschlüsse aus dem schleswig-holsteinischen Verein zu Westfalen die beiden Präsidenten derselben, die Herren Lehrer Claussen (Morddeich) und Büchsenhardt (Hüllgraben), mit ihnen zugleich einige andere Mitglieder. (N. S.)

### Oesterreich.

**G. C. Wien**, 15. März. [Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe ergreift Staatsminister v. Schmerling das Wort, um über die in der letzten Sitzung vom Abg. Groholzki an ihn gerichtete Interpellation, auf welche der Minister bereits in der vorigen Sitzung eine Antwort ertheilte, noch Folgendes zu bemerken:

Ich habe, als diese Interpellation zur Verlesung gelangte, mir sofort das Wort erbeten, um dem hohen Hause bekannt zu geben, daß dieser Gegenstand von Seiten des Staatsministeriums schon im Auge gehalten wurde, und daß man an die betreffenden Behörden in Galizien den Auftrag erlassen habe, der Angelegenheit alle Aufmerksamkeit zuzuwenden und, wenn es möglich sein sollte, auch Mittel von Seiten des Reiches in Anspruch zu nehmen. Seither sind mir umfassende Berichte über diesen Gegenstand zugestellt, und ich bin nun in der Lage, vollständig und erschöpfend die Interpellation, die an mich gestellt wurde, zu beantworten. Nach den mir vorliegenden Akten ergibt sich, daß bekanntlich Galizien schon im Laufe des Sommers vorigen Jahres von Überschwemmungen heimgesucht wurde, welche namentlich den preußischen Kreis getroffen haben. Se. Majestät der Kaiser hat damals schon die Gnade geabt, einen Betrag von 10,000 Gulden aus seiner Privatkasse zur Unterstützung der Bedrängten zu widmen, welche 10,000 Gulden auch sofort zur Vertheilung gelangten. Weiter hat sich der Statthalter von Galizien veranlaßt gefunden, eine Sammlung milder Beiträge im Lande einzulegen, welche ein Ertrags von beiläufig 8000 Fl. gewährt hat, und davon auch ein Betrag von beiläufig 7000 Fl. diesen Bedrängten als milde Gaben zugewendet wurde. Allein nebstdem hat man auch noch im Auge behalten, daß in Folge eines sehr ungünstigen und feuchten Sommers und eines sehr früh eingetretenden Winters einige andere, nicht von der Überschwemmung beimgeschickte Districte, besonders im Gebirge, in eine bedrangte Lage gerathen würden, was auch in der That der Fall war. Es hat zu dem Ende das Staatsministerium den Statthalter ermächtigt, vorläufig und infolfern damit überhaupt das Auslangen getroffen werden würde, nicht nur jene 8000 Fl., welche in das Landesparlament für Clementarunfälle eingestellt wurden, sondern alles dasjenige, was aus dem Landesfonds nach Abjahr des Verwaltungsjahres in Erfahrung gelangen würde, für diesen Fall zu reserviren, und dadurch ist es gekommen, daß in der That zur Stunde beim Statthalter von Galizien ein Betrag von mehr als 16,000 Fl. für den angezeigten Zweck bereit ist. Daß daher die Bedrängniß nicht gar so arg sein müssen, als sie geschildert werden, dürfte sich schon aus dem ergeben, daß zur Zeit diese 16,000 Fl. noch nicht in Anspruch genommen wurden. Der Statthalter hat sich aber auch persönlich veranlaßt gefunden, an die Behörden jener Districte, wo, dem Vernehmen nach, jene Calamität eingetreten ist, die gemessene Weisung zu erlassen, ihm über den Stand der Angelegenheit zu berichten und aus diesem Berichte geht hervor, daß allerdings in jenen Gegenden Not herrsche, daß aber von einer Not in dem Sinne, daß Leute aus Mangel an Nahrungsmitteln umkommen, gar keine Rede sei, sondern daß die die eantale Bedrängniß offenbar im Frühjahr beginnen werde, wo es notwendig sein wird, diesen Leuten zu Hilfe zu kommen, damit sie an die Bestellung der Felder geben können. Darüber sind denn auch die umfassendsten Vorbereitungen getroffen und in der älternächsten Zeit wird es möglich sein, aus den vorhandenen Mitteln in der Richtung zu Hilfe zu kommen. An der Mittheilung, daß in einzelnen Gegenden Galiziens ein eigentlicher Hunger-Typhus herrsche, ist nach den mir vorliegenden Alten durchaus nichts Wahres; von einem Hunger-Typhus ist, Gott sei Dank, nirgends die Rede, wohl aber haben sich in mehreren Kreisen, besonders am Gebirge, typhöse Krankheiten gezeigt, was auch bezeuglich den elementaren Ereignissen zuzuschreiben ist. Daß es nicht die Not an Nahrungsmitteln sei, dürfte das hohe Haus daraus ersehen, daß auch in dem zahlenreichen und tamponären Kreise diese Krankheiten bedeutend graffieren, welche Districte doch in keiner Weise von der Not an Nahrungsmitteln betroffen sind. Es dürfte daher die hohe Verfammlung die Verhübung fördern, daß einerseits die Gerüste von einem eigentlichen Hunger-Typhus durchaus der Wahrheit entbehren, und daß andererseits von Seiten der Regierung dem Gegenstande alle Aufmerksamkeit zugewendet wird. Zur Verhübung abrigens derjenigen Herren, die vielleicht vermeinen, daß die mir vorliegenden offiziellen Berichte in einem etwas zu günstigen Lichte abgefaßt sind, kann ich mich auch auf die Thatseite berufen, daß ich gerade in den letzten Tagen in der Lage war, mit mehreren Herren Rücksprache zu pflegen, die unmittelbar aus Galizien gekommen sind und mir alle die Mittheilung gemacht haben, sie hätten erst in Wien und aus den öffentlichen Blättern erfahren, daß in Galizien eine Hungersnot herrsche, dort sei davon nichts bekannt. Ich habe mich daher für verpflichtet erachtet, so bald als möglich dem hohen Hause diese Mittheilungen zu machen, weil es in der That nicht gleichgültig sein kann, wenn die öffentliche Meinung davon getragen wird, daß in Galizien eine so große Calamität herrsche, und am Ende auf der Regierung der Vorwurf haften bleibe, daß für angesichts dieser Calamität nicht Dasjenige vorkehre, was ihre Pflicht ist.

**Finanzminister Plener**: Ich habe der so eben von dem Herrn Staatsminister abgegebenen Erklärung in Bezug auf mein Recht beiwohnen, daß ich über die angeblich in Galizien gegen die im Rothstande befindlichen Individuen stattgefundene Steuerexekutionen sogleich schleswigen Bericht von den betreffenden Behörden abgefordert, und denselben den Auftrag ertheilt habe, daß, wenn der Rothstand wirklich in dem behaupteten Maße bestände, die Steuerexekutionen gegen die vom Rothstande Bedrängten sofort eingestellt, und mir über die weitere Behandlung der dortigen Steuerrückstände mit Rücksicht auf die Lage der Bevölkerung die geeigneten Anträge erstattet werden sollen. — Mit Ende laufenden Monats geht die Wirksamkeit des Gesetzes vom 28. Dezember v. J. zu Ende, womit die Erhöhung der Steuern, Stempel und Gebühren bis einförmlich Ende März bewilligt worden ist. Es kann nicht in Aussicht genommen werden, daß noch im Laufe des gegenwärtigen Monats das Finanzgesetz für das Jahr 1865 zu Stande komme, und es muß daher Vorsorge getroffen werden, daß die erwähnten Erhöhungen vom 1. April an ungesindert fortgesetzt, weil der Ausfall in dem Finanzertragte nicht zugelassen werden kann. Ich erlaube mir daher, einen Gesetzentwurf auf den Tisch des hohen Hauses niederzulegen, in Folge dessen die erwähnte Erhöhung der Steuern, Stempel und Gebühren auf weitere drei Monate bewilligt werden soll. Ich brauche wohl nicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes aufmerksam zu machen, ich würde mir aber den Antrag zu stellen erlauben, daß eben deshalb von der Drucklegung abgesehen, und heute spätestens der Bestandszeit gefaßt werden möge, den Gegenstand dem Finanzausschuß zur Berichtigung zuzuweisen. (Der Antrag wird angenommen.)

### Italien.

**Turin**, 13. März. [Tagesbericht.] Die hiesigen Blätter veröffentlichen ein Schreiben, welches der Minister des Innern, Lanza, an den Unterpräfekt von Asti gerichtet hat. Nachdem der Minister die lebhafte Genugthuung constatirt hat, welche der König beim Lesen der Adresse des Gemeinderaths von Asti empfunden, erklärt er, daß die Bevölkerung des Astihauses nicht allein darüber beruhigt sein könnte, daß alle Gerüchte, welche über eine Abtreitung dieses Thales an Frankreich in Umlauf wären, absurd seien und jeder Begründung entbehren, sondern daß vielmehr Herz und Sinn des Königs, wie der

ganzen Nation darauf gerichtet seien, die ewige Verbindung dieses Thales mit Italien aufrecht zu erhalten und es gegen jede Eventualität zu verteidigen. Der Minister schließt sein Schreiben mit der Zusage, die ökonomische Entwicklung der Provinz Asti nach Kräften zu fördern zu wollen. — Die Interpellation des Deputirten Guerrieri in Bezug des zwischen Brasilien und Uruguay ausgebrochenen Krieges wird vielfach als ein Mittel aufgefaßt, durch welches die öffentliche Meinung in Bezug auf eine italienische Intervention am La Plata vorbereitet werden soll. Vom Marineministerium ist bereits die Ordnung ergangen, daß die Panzerdivision sich bereit zu halten habe, um in der kurzesten Frist nach einem sehr entfernten Bestimmungspunkte abzugehen zu können. — Der Finanzminister hat einen Gesetzentwurf eingereicht, durch welchen die Dotirung des Kronprinzen Humbert auf 500,000 Francs festgesetzt werden soll. — Die Regierung geht mit der Absicht um, der Stadt Livorno das Privilegium eines Freihafens zu entzicken; die Zeit dazu ist nicht ungünstig gewählt, da die Verlegung der Residenz nach Florenz dem Verkehr Livorno's einen großen Aufschwung verschaffen muss. — Bei den Decreten über die Stiftung einer neuen Denkmünze für den Befreiungskrieg ist die Bestimmung aufgefallen, daß nur die Tausend von Marsala das Recht haben, die neue Denkmünze zugleich mit der ihnen früher verliehenen zu tragen; alle anderen haben nur ein Optirungsrecht.

### Frankreich.

\* **Paris**, 13. März. [Frankreich und Russland.] Man hat in jüngster Zeit viel von einer sehr merklichen Erkaltung in den Beziehungen Russlands und Frankreichs gesprochen und wollte die Ursache in den amerikanischen Ereignissen sehen. Das Tuilerienkabinett habe den Beweis erhalten, daß der russische Gesandte hauptsächlich den Vertrag der Annäherung zwischen dem Norden und dem Süden veranlaßt habe, der neulich zu Monroe stattgefunden und der so völlig fehlschlagen ist. Es liegt nicht in den Interessen und Sympathien der französischen Regierung, die Union alsbald wiederherzustellen zu sehen; der Eifer der russischen Diplomatie für Herstellung des Friedens konnte daher nur mit großem Missvergnügen gesehen werden, zumal wenn es richtig ist, daß gerade der russische Gesandte den kriegerischen Parteien in der Monroedoktrin, d. h. in einem Angriff auf das neue mexicanische Kaiserreich einen Boden für die Verständigung gezeigt habe. Indessen sind heute diese leichten Missbilligkeiten beseitigt. Die Ursache dieser Besserung in dem Verhältnis Russlands zu Frankreich ist in dem heutigen Stand der schleswig-holsteinischen Frage zu finden. Der neue Plan des Hrn. v. Bismarck bietet für Frankreich außer anderen Vortheilen besonders den, Österreich und Russland einander zu entziehen. Es liegt aber Frankreich vor Allem daran, den Bund zu sprengen, der sich gegen Ende 1863 und in Folge der polnischen Verwicklung zwischen den drei nordischen Höfen gebildet hat, und es wird darum Hrn. v. Bismarck unterstützen, wird sich Russland freundlich erweisen, vorausgesetzt, daß das Resultat der Isolirung Österreichs erreicht wird. Deshalb ist die französische Regierung entschlossen, gegen die mehr oder weniger wahrscheinliche und verschleierte Einverleibung des Königreichs Polen keine Schwierigkeiten zu erheben. Hr. v. Bismarck hat in dieser Beziehung kürzlich eine sehr freundschaftliche Auseinandersetzung mit Drouyn de Lhuys gehabt. Der russische Gesandte hat erklärt, daß seine Regierung entschlossen sei, radikale Aenderungen vorzunehmen, die bestimmt seien, die polnischen Provinzen enger mit dem Kaiserreich zu verbinden und für immer die Wiederkehr der Ereignisse von 1863 zu verhindern. Der französische Minister erhob keine eigenhändige Einrede.

[Die Rede des Herrn Rouland] gegen die ultramontane Partei ist viel schärfer ausgefallen, als man erwartete, und hat die clerical Partei aufs Neue in Alarm gesetzt. Herr Rouland tritt als feuriger Vertheidiger der sogenannten galikanischen Freiheiten auf, die man aber richtiger nach der bisherigen Praxis mit dem Worte „bureaucratische Zwangsmethoden“ übersetzt. Soweit Rouland dem Ultramontanismus den Prozeß macht, muß man ihm um so mehr Recht geben, je schlagender er das Umsturzreisen dieser staatsgefährlichen Richtung in Frankreich und zumal innerhalb des niederen Clerus nachweist, ein Nachweis, der durch die Worte des Cardinals Bonnechose, „daß sein Clerus wie eine Armee hinter ihm stehe und seiner Befehle gewäßig sei“, nur bestätigt werden kann. Wenn aber Rouland in dem staatlichen Zwang, in einer neuen Regelung des appelle comme d'abus und ähnlichen Mitteln das Heil sucht, so irr er sich: das Heil ist in Frankreich wie überall die völlige Trennung von Kirche und Staat. Uebrigens wird auf die Rouland'sche Rede Bonnechose morgen antworten. — Der „Temps“ sagt:

Herr Rouland ist für das Concordat und die organischen Artikel, d. h. für Aufrechterhaltung der Allianz zwischen Kirche und Staat. Die Formel der freien Kirche im freien Staat ist für ihn eine revolutionäre Idee, und doch vermag nur sie den Laiengesellschaft die Mittel zur wirklichen Führung des Kampfes gegen die ständigen Uebergriffe der ultramontanen Prinzipien zu verleihen, die er als so gefährlich ansieht, und die auch wirklich, so lange sie nicht in der Freiheit ein Gegengewicht haben, gefährlich bleiben.“

Auch die „Opinion nationale“ kann den Standpunkt des strengen galikanischen Rechts, auf den sich Rouland stellt, nicht mehr als den Anforderungen der Gegenwart entsprechend ansehen; sie kann aber nicht umhin, dem Muthe, den er durch seine Enthüllung des ultramontanen Treibens und der verderblichen Fortschritte der Congregation bewiesen, alle Anerkennung zu zollen. — Das „Siecle“ hält die Rede Rouland's für eine beredte Zurückforderung der Rechte der Civilgemeinde. — Die „Union“ glaubt nicht minder lebhaft, als die Cardinale im Senat, gegen die Rede protestiren zu müssen. — Der „Monde“theilt nicht einmal den Bericht über die Senatsitzung mit, sondern gibt seinen Lesern statt der Rede Roulands eine Fastenpredigt des Pater Felix.

[Das Leichenbegängnis des Herzogs von Mornay.] Der Herzog von Mornay liebte die Brüder, und diese in ihm auch bis ins Grab gefolgt. Das Leichenbegängnis, welches man ihm bereitet, entsprach ganz der Sitzung, die er eingenommen, den Diensten, die er dem Kaiser, an dessen Kreis er so reichen Theil hatte, geleistet. 12. bis 15,000 Mann Truppen, alle hohen Staatskörper, die Magistratur, die ganze übrige hohe offizielle Welt, die fremden Botschafter und

verließ sich nach dem Vorbeimarsch, ohne besonders ernst gestimmt zu sein. Man bemerkte überhaupt, daß dieselbe nur des Geprängtes halber, welches sie erwartet hatte, zusammengeträumt war. Erwähnung verdient, daß Graf Glahaut (der Vater des Verstorbenen) an der Spitze der Leidtragenden schreit und daß von der Opposition des gesagten Körpers sich nur Danton und Olivier beteiligten.

[Die Opposition.] Gestern Abend fand eine Versammlung der Opposition bei Marie statt. Man vertheilte unter sich die verschiedenen Fragen. Zu dem Gesetz über die Cheques wird man ein Amendement vorschlagen. Gueroult war anwesend, Thiers aber fehlte; er arbeitet an seiner Rede. Olivier soll beabsichtigen, ihm zu entgegnen. — Der Oppositions-Deputierte Glais-Bizoin hat folgendes Amendement zum Militärgesetz eingebracht: „Die active Dienstzeit wird auf zwei Jahre herabgesetzt für alle jungen Leute, die zwei Jahre vor der Ziehung hindurch alle Sonntage an militärischen Übungen Theil genommen haben.“

[Verschiedenes.] Zur Feier des Geburtstages des kaiserlichen Prinzen werden mehrere neue Senatoren ernannt werden. Man nennt folgende Namen: die Minister Duruy und Boudet, den Polizeipräsidenten Boitel, Doctor Conneau, Leibarzt des Kaisers, General Fleury und General Mellinet. Auch soll der festliche Tag der Presse zu gute kommen, der die bisherigen Vertheilungen nachgelassen werden sollen. — Die Nachricht, daß der russische Thronfolger gefährlich krank sei, wird widerrufen. — Der Artikel von Georg Sand über das kaiserliche Buch in dem „Univers illustré“ ist weniger scharf ausgeflossen, als man erwartete. Dagegen enthält „La Rive gauche“ einen Artikel voll beißender Saitre.

## Großbritannien.

E. C. London, 13. März. [Über den Herzog von Morny] sagt die „Times“ in dem Nachrufe, den sie ihm widmet unter Anderem Folgendes:

„Eine der hervorragendsten Politiker Frankreichs“, sagt sie, „und eine der Hauptpersonen, welche beim Staatsstreich thätig waren, ist durch den Tod aus dem Reiche des Kaisers geschieden. Die Baumeister des zweiten Kaiserreichs verschwinden rasch, und die Natur des Kaisers möchte über oder unter der menschlichen stehen, wenn er ohne ein tiefes Gefühl der Trauer Zeuge dieser frühen Sterblichkeit unter den wenigen Getreuen sein könnte, die in Lösen wie in guten Tagen die ergebenen Anhänger seiner Dynastie waren. Selbst wenn sein Charakter ein solcher wäre, wie ihn Herr Kinglake mit so viel persönlichem Groll geschildert hat, oder sein Fatalismus so crass, wie man aus seinem Leben César's schließen könnte, so möchte er doch jedenfalls durch diese Verluste an die Vergänglichkeit der irdischen Macht erinnert werden. Der Präsident des gesagten Körpers ist vielleicht nicht schwer zu erziehen; aber wer vermag vorauszusagen, ob nicht ein plötzlicher Umsturz in der Politik einer so reichen Nation ihren Herrscher zu tönen und verweigern Rathschläge des Herzogs von Morny vermissen lassen wird? Er war weder ein großer Mann noch ein Staatsmann, der sich bei uns in England je die öffentliche Huldigung oder Hochachtung hätte erzielen können. Wenn er auch nicht der gewissenlos und herzlose Spekulant war, den Herr Kinglake an den Pranger zu stellen sucht, so war er doch jedenfalls ein politischer Abenteurer von dem Schlag, den wir Engländer eben so wenig lieben, wie wir ihm vertrauen. Seine Popularität in der Gesellschaft verdankte er jedoch in hohem Grade seinen persönlichen Eigenschaften. Durch natürliche Gaben wie durch Erziehung ward er so recht der Mann dazu, in der französischen Gesellschaft zu glänzen... Sein Beispiel wird, wie wir fürchten, die französische Jugend nicht mit einem hohen Ideal von der Politik als Kunst oder Wissenschaft erfüllen. Er gehörte zu einer Klasse öffentlicher Charaktere, die es weder sein noch philosophisch wäre, unmoralisch zu nennen, die man aber häufig als nicht moralisch bezeichnet kann, in so geringer Beziehung stehen ihre Beweggründe und Handlungen zu irgend einem anerkannten Maßstab der Sittheit. Der erste Napoleon lobte sich die Leute, die ihr Herz im Kopfe tragen, und diese Napoleon'sche Idee fiel nicht auf unfruchtbaren Boden. Die französischen Politiker haben es in der Regel verstanden, ihr Gewissen und ihren Verstand in getrennten Fächern aufzubewahren, und die aus der Schule des Herzogs von Morny würden lächeln, wenn man ihnen zumutete, in Staatsangelegenheiten das Gewissen zu fragen. Das Leben war ihm ein langes Glücksspiel; soviel während projectierte er nur Gesellschaften der fabelhaftesten Grobheit; und in die Politik übertrug er das Temperament, wenn nicht die Prinzipien des Hazardspielers... Man wird ihn nicht zu jenen Männern zählen, deren Patriotismus ohne Beimischung von Selbstsucht war und die ihren Ruhm durch Erfüllung ihrer Pflicht erwarben; allein wohl hat er sich einen Platz verdient an der Seite des Kaisers, mit dem er in Gesichtszügen und Haltung eine so wunderbare Lehnlichkeit hatte, und dessen staunenswerthes Glück gewiß Allen, die mit seinem Ursprung zu thun hatten, eine, sei es gute, sei es böse Unsterblichkeit verleihen wird.“

[Schlavenhandel.] Lord Palmerston erklärte lebhaft im Unterhause, daß die Regierung keine Absicht habe, die (auf Untersuchung oder Durchsuchung basiert) Übersee-Akte abzuschaffen, weil sonst, wie das Beispiel Cuba's zeige, der brasilianische Schläfenhandel von neuem auftreten würde. Der „Herald“ erklärt dagegen, daß Lord Palmerston entweder grundsätzlich berichtet sei oder die Thaten wissenschaftlich entstelle. Der brasilianische Schläfenhandel habe seit 12 Jahren ganz aufgehört, und Mr. Christie habe der Regierung Ihrer Majestät gemeldet, daß das Wiederaufleben des brasilianischen Schläfenhandels eine Unmöglichkeit sei, und endlich habe die engl. Regierung 1845 versprochen, die Akte zu widerrufen, sobald der Handel aufgehört habe. Zwischen Cuba, welches eine despotisch und bürokratisch, von Soldaten und feinen Beamten regierte Kolonie sei, und dem verhältnismäßig freien und gebildeten Brasilien einen Vergleich zu ziehen, sei unstrittig oder perfid... Während auf Cuba der Schläfenhandel florire, in Brasilien aber abgeschafft sei, wage Lord Palmerston, doch nicht gegen Spanien eine Maßregel zu treffen, die gegen Brasilien angewendet, überflüssig, und deshalb doppelt hämisch und beleidigend sei.

[Die Königin] hat sich, begleitet von den jüngeren Mitgliedern ihrer Familie, heute von Windsor nach ihrem hauptsätzlichen Wohnsitz Buckingham Palace begeben.

[Prinz Arthur], der sich am 3. d. M. in Marseille eingeschifft hat, ist über Neapel, Catania und Syracus nach Tunis gereist und wird von dort aus am 18. d. M. in Malta erwartet.

## Dänemark.

\*\*\* Kopenhagen, 12. März. [Eine neue Ministerkrise.] — Wilde Nachricht der flensburger „Norddeutschen Zeitung.“ — Die stärkere Besetzung der Provinz Jütland. — [Sonstiges.] Wiederum verlautet gerüchteweise die Existenz einer Ministerkrise. Der Ursprung der Differenzen wird auf die vom König präsidirte geheime Staatsräthsitzung zurückgeführt, indem mit Bestimmtheit versichert wird, daß vorzugsweise der Minister des Innern, v. Tilly, und die Minister ohne Portefeuille, Graf Carl Moltke und von Quade, sich gegen die Thätigkeit des, wie sich nachträglich herausstellt, hauptsächlich von dem Ministerpräsidenten und Minister des Neubaus, Gehlenreich Bluhme, begünstigten dänischen Pragagenten Hansen in Paris äußerten und zugleich die Gelegenheit benutzt haben sollen, dem Finanzminister David wegen dessen Liebäugoleien mit den im Reichsrath oder auf dem dänischen Reichstage stimmberechtigten Führern der national-liberalen Partei Bitterkeiten zu sagen. Es wurde sich also zunächst um das schon wiederholt in Aussicht gestellte Ausscheiden des Premiers Bluhme und des Finanzministers David aus dem Cabinet handeln, und dürfte der König einem entsprechenden Beschlüsse um so weniger ungemein sein, als er durch die Befreiung der Herren Bluhme und David sogar den Besitz der demokratischen „Bauernfreunde“ erlangen würde. Wenigstens hat gestern das Organ der Letzteren, die hiesige „Morgenpost“, den als „reactionär“ verschrieenen Justizminister von Helzen gegen die Angriffe „Fädelandets“ und „Dagbladets“ in Schuß genommen, was immerhin bemerkenswert und in der Antipathie der Bauernpartei gegen das im national-liberalen Lager herrschende Beamtenthum begründet ist. — Die amliche „Berlingske Tidende“ schreibt: Durch die in Flensburg erscheinende „Norddeutsche Zeitung“ ist das nachstehende curiose Telegramm

in deutschen Blättern verbreitet worden. „Die „Berl. Tidende“ meldet, daß Preußen nur die Ausmündungspunkte des Nord-Ostseekanals sowie das Oberaufsichtsrecht über den Kanal beansprucht. „Berlingske Tidende“ bemerkt, daß der Bund an der Vertheidigung der Nordseeküsten beteiligt zu sein wünscht.“ Wir wissen nicht, wie diese verworrene Zusammenstellung der Behauptungen verschiedener deutscher Blätter in die Welt gelangt ist; noch weniger aber ist es uns erkläbar, wie man dieselbe auf die „Berlingske Tidende“ zurückführen könnte.“ — Das Kriegsministerium hat die Dislocirung von 8 Infanteriebataillonen nach der Provinz Jütland angeordnet. Die einzelnen Truppenkörper sollen am 1. April an Ort und Stelle sein, und die bekannte Festung Friedericia wird allein 3 Bataillone Infanterie aufnehmen. Außerdem garnisonieren in Holding und in anderen jütländischen Ortschaften Cavallerieabtheilungen. — Der normatische Dichter Andreas Munch ist in Schweden durch einen Sturz vom Wagen verunglückt. Er erlitt einen Beinbruch.

## Nussland.

○ Warschau, 14. März. [Reorganisation des Justizwesens. — Verhaftungen. — Betrügerische Denunciations. — Kloster. — Verbreitung des griechischen Katholizismus.] Wir hatten Gelegenheit, in den aus Petersburg hier angelangten Miliutinschen Plan zur Reorganisation des Justizwesens im Königreiche Polen einen Blick zu werfen. Wir sind nicht im Stande gewesen, selbst die Hauptpunkte zu merken, fanden den Plan nur im Allgemeinen sehr, ja zu sehr liberal. Denn zur Handhabung einer wirklich liberalen Justiz gehört vor Allem ein unabhängiges, aufgeklärtes und charaktervolles Justiz-Beamtentum, und wir haben zu sehr erfahren, daß ein solches mit den bestehenden diesseitigen Regierungs-Maximen unverträglich ist. Wir fürchten daher, daß der liberale Plan nur auf dem Papier steht, zur Täuschung Europa's, daß aber die Praxis die bisherige Willkür bleiben wird. Möchten wir uns hier täuschen! — Die kriegsgerichtlichen Verhaftungen und Untersuchungen dauern hier noch immer fort. Jüngst ist ein großer Theil der hiesigen Chirurgen verhaftet und einem Gefangen in der Citadelle zur Reconsiderung vorgestellt worden. Der Gefangene erkannte keinen derselben als denselben, der gesucht ward, und sie wurden nach einigen Stunden frei. — Viele Verhaftungen jedoch finden in Folge von bloßen Denunciations statt, ohne jedwede Begründung. In Betreff dieser Denunciations wollen wir folgendes interessante Gelehrtheit erzählen: Vor Kurzem brannte eine große Zuckersfabrik im Augustow'schen ab. Einige Tage darauf wurde die Verhaftung des Eigentümers dieser Fabrik von der kriegsgerichtlichen Untersuchungs-Commission angeordnet, die jedoch nicht ausgeführt werden konnte, weil der Mann abwesend war. Die Familie des Fabrikbesitzers bemühte sich inzwischen, die Ursache des Verhaftbefehls kennen zu lernen, und sie erfuhr, daß die Denunciation dahin laute, daß in der Fabrik Schwefel und Salpeter, von der Zeit des Aufstands her, verborgen gewesen wären, die der Besitzer jetzt in keiner andern Weise aus dem Wege zu schaffen gewußt hätte, als daß er die Fabrik selbst anzündete. Hierauf meldete sich ein Mann bei der Familie des Angeklagten, und machte sich erbödig, die betreffende Militärbehörde für den Angeklagten gut zu stimmen, wenn ihm die Summe von 4000 Rubel, die er für die Offiziere nötig habe, zur Disposition gestellt werden würde. Die geängstigte Familie des Angeklagten sah, daß der sich meldende Retter die Denunciation genau kannte, im Trepow'schen Bureau viel verkehrte, und glaubte ihm bei nahe, daß er im Stande sei, die drohende Gefahr abzumenden. Durch weitere Erfundungen jedoch erfuhren sie, daß derselbe Mann, der sich als Retter anbot, selbst der Denunciant war. Ein Freund des immer noch abwesenden Fabrikbesitzers verschaffte sich bei Trepow eine geheime Audienz und vertraute ihm die Machinationen des Denuncianten. Als Trepow dafür Beweise forderte, schlug der Freund des Angeklagten vor, der General möge die Nummern einer Summe Geldes (in Banknoten) notiren lassen, die dem Retter für den folgenden Tag bereits zugesagt war, und dann denselben, nach dem Weggeben an dem mit ihm zu diesem Zwecke verabredeten Ort verhaften lassen, um sich zu überzeugen, daß er diese Summe wirklich erhalten. So geschah es; der saubere Retter wurde zur bestimmten Stunde von hierzu bestellten Polizeibeamten auf der Straße angehalten, zu Trepow gebracht, das bezeichnete Geld bei ihm gefunden, und seine Intrigen an den Tag gebracht. Der Denunciant wanderte anstatt des Fabrikbesitzers nach der Citadelle. Wie viele Opfer mögen schon solchen niedträchtigen Denunciations gefallen sein, da man selten im Stande war, eine solche Thätigkeit, wie in diesem Falle, zu entwickeln, um die Intrigue rechtzeitig blos zu legen! Man sollte meinen, daß ein solches Factum die Herren Generale selbst von der Schädlichkeit der Kriegsgerichte überzeugen würde; man sieht sie jedoch in diesen Kreisen nach wie vor als das non plus ultra an. — Aus dem „Dziennik“ notiren wir Folgendes: Das Regulirungs-Comite hat angeordnet, daß Personen beiderlei Geschlechts, welche den aufgelösten Klöstern angehören, keine Kleidstücke bekleiden dürfen. — Im großen Gouvernement sind im Jahre 1864 1150 Personen zur griechischen Kirche übergegangen, nämlich 1134 Katholiken, 3 Lutheraner und 13 Juden. Welche Mittel zur Befahrung der Katholiken angewendet werden, davon schweigt der Bericht wohlweislich. — Die hiesige russische Zeitung teilte in ihrer Naivität mit, daß die beim jüngsten Empfang erschienenen Bauern hierzu eingeladen waren. Halbamtlich wird nun dieses berichtigt und versichert, daß die Bauern ihrerseits gebeten hätten, daß man ihnen gestatte, zu erscheinen, und daß ihrer Bitte nachgegeben wurde. — Der russische Metropolit von Litauen hat angeordnet, daß die Pöpen jener altpolnischen Lande nur solche Frauen heirathen dürfen, welche russisch lesen und schreiben, sowie die Hauptgebete der griechischen Kirche kennen. Geistliche sollen beordert werden, um sich davon zu überzeugen, ob eine neuvermählte Frau Popin diese Kenntnis besitzt. Ferner sind die Pöpen angewiesen, nach Kräften sich zu bemühen, ihre Töchter in der griechischen geistlichen Schule in Wilna unterzubringen. — Die zu Kasernen verwendeten Klöster hören auf, ihre früheren Namen zu führen, „weil es unhöflich sei, daß Kasernennamen führen.“ So z. B. soll das Bernhardiner-Kloster wegen seiner Lage in der Nähe der griechischen Kirche St. Nicolaus, die Nicolaische Kaserne heißen. — Der Gouverneur von Wolhynien macht bekannt, daß Beamte Bitschriften, die ihnen in polnischer Sprache zufommen, nicht nur unbedingt zurückzuweisen haben, sondern gehalten sind, einen solchen Schrift nicht zuzugeben, da es den Polen den Gedanken eingegeben könnte, als ob die polnische Sprache in Wolhynien die überwiegende sei.

## Amerika.

Newyork, 2. März. [Vom Kriegsschauplatz. — Die Gefährdung Richmonds.] Über die Bewegungen Sherman's herrscht Unklarheit. Das an die südstaatlichen Blätter ergangene Verbot, Mittheilungen von dem südcarolinischen Kriegsschauplatze zu bringen, steht noch in Kraft. Es heißt, Sherman habe Beauregard, Hardee und Bragg auf eine falsche Fährte nach Norden zu bringen gewußt, um selbst eine östliche Richtung einzuschlagen und sich mit Shofield zu vereinen, was ihm am 27. gelungen sei. Wie Deferreure berichten, hätten am 25. die letzten Truppen der Hardee'schen

Armee, nach Charlotte ziehend, den Santee überschritten, und wäre der Rest der Hood'schen Armee, 12,000 Mann stark, am 19. durch Augusta passirt, um zu Johnstone zu stoßen. Letzterem Generale ist nämlich, wie aus seinem Lagesbefehle vom 25. aus Charlotte hervorgeht, an Beauregarde's Stelle das Commando der Tennessee-Armee und der Truppen des Departements Südkarolina, Georgia und Florida übertragen worden. Die newyorker „Daily News“ (das bekannte Organ der Copperheads) behauptet, Johnstone disponire über 90,000 Mann. Von Charleston, den 26., brachte der Dampfer „Arago“ die Mittheilung, daß die Bundesstruppen Augusta eingenommen hätten; doch fehlt bis jetzt noch jegliche Bestätigung. Georgetown ist geräumt und von den Nordstaatlichen in Besitz genommen worden. — General Gilmore rapportiert, daß mit Charleston 450 Kanonen und eine große Masse von Eisenbahnmaterialien in seine Hände gefallen sind. — Die ungünstige Witterung und der able Zustand der Wege stellen einer umfassenderen Operation am James River noch immer Hindernisse entgegen. Grant hat alle Nichtcombattanten sich aus dem Lager entfernen geheißen, und in Richmond scheint man ständig den Anmarsch des Feindes und eine große Schlacht zu erwarten. — Die südstaatliche Presse befürchtet die Eventualität einer Räumung Richmonds. Der „Examiner“ bekämpft auf's Eisgrift die Ansicht, als würde der Verlust der Hauptstadt die Konföderation nicht erheblich schädigen; im Gegenteil, die Folge der Räumung Richmonds würde alle Achtung vor der Autorität der Regierung untergraben, die Auflösung der Armee und die Vernichtung des ganzen Konföderationsplanes zur Folge haben. Der „Sentinel“ fordert d. zu auf, die Stadt in Kampfbereitschaft zu setzen und alle Nichtcombattanten und unnütze Brodtesser fortzuschicken. Bittere Klage führt der „Enquirer“ über die Mitglieder des Congresses, die eines nach dem anderen aus der bedrohten Stadt entschlüpft seien, so daß nur ein Skelett der Legislatur zurückbleibe, welches bald unter die beschlußfähige Anzahl zusammenschrumpfen werde. Wenn der Präsident Jefferson Davis fest bei seiner Pflicht verharre und das able Beispiele des Congresses nicht nachahme, so werde er als der Gründer einer neuen Nation gepriesen, und sein Name neben dem Washingtons, Tells und Alfreds verewigt werden; sollte er dagegen seinen Posten verlassen, so würden sich schon historische Parallelen genug bieten, um für seine Schmach ein Seitenbild zu finden. — In einem Aufrufe an das Volk von Nordecarolina erklärt Gouverneur Vance, die einzigen Gefahren, welche der Unabhängigkeit des Südens drohen, seien Enthauptung und innerer Zwist. Die Musterrollen der Südstaaten verzeichnen 400,000 Soldaten; doch Tausende und aber Tausende seien ohne Urlaub abwesend. Es sei die Aufgabe jedes Patrioten, diese Pflichtvergessenen zu ihrer Fahne zurückzutreten.

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, 16. März. [Tagesbericht.]

\*\* [Stadtverordneten-Versammlung.] Justizrat Bounek eröffnet die heutige Sitzung bald nach 4 Uhr mit folgenden Worten: M. H. Indem ich wieder an diese Stelle trete, bitte ich, gestatten Sie, daß ich ein früheres Wort wiederhole: ich will mich bemühen, Ihr mir bewiesenes Vertrauen zu rechtfertigen. (Die Versammlung erhebt sich.) Nach den einleitenden Mittheilungen des Vorsitzenden werden Deputationen für bevorstehende Schulprüfungen, Dienst- und Bürgerjubiläen etc. ernannt; ferner ein Gesuch von 91 Bewohnern der Ufer- und Gräupnergasse zur Abhilfe vorhandener Uebelstände dem Magistrat überwiesen. Magistrat überwendet die Verhandlungen bezüglich der am 6. d. M. stattgefundenen Vernichtung und zu Weihnachten eingelöste Stadt-Obligationen. Danach sind 52 Stück 4½ prozentige Obligationen im Betrage von 14,000 Thlr. und 84 Stück 4 proc. Oblig. im Werte von 15,375 Thlr. vernichtet worden.

Seitens des Abgeordnetenhauses ist auf die Petition der Versammlung, betr. das Petitionsrecht der Communalbehörden, die Antwort eingegangen; sie enthält die bekannte Resolution, wonach die Ministerial-Rescripte, welche das befreite Recht bestimmen, dem Art. 32 des Verf.-Urkunde widerstreiten. Beigefügt ist der Commissionsbericht, welcher den Ansichten vollständig bestimmt, von denen sich auch diese Versammlung hatte leiten lassen. Abg. Lenz hat die stenographischen Berichte über die bezüglichen Verhandlungen eingesandt, welche demnächst mit den andern Schriften im Bureau ausliefern werden. Nachdem die Versammlung in die Tagesordnung eingetreten, wurde der Antrag der Stadtverordneten Dr. Weis, Pohl und Helbig auf Aenderung der Abgrenzung der Bezirke für die Stadtverordneten-Wahlen dem Magistrat zur Ausführung überwiesen. Eine längere Debatte veranlaßte hierauf das Commissions-Gutachten über die Erklärung des Magistrats auf den Beschluss der Stadtverordneten vom 26. Febr. 1863, betr. die von der Besitzerin des Grundstücks Nr. 6 an der Matthiasturm beantragte Entstörung, Stadtv. Stettler beantragt, die Versammlung wolle bei ihren früheren Beschlüssen stehen bleiben, indem sie gleichzeitig erklärt, sie finde das vom Magistrat für das Grundstück offerte Gebot nicht angemessen und ihren Intentionen nicht entsprochen. Stadtv. Dr. Elsner schließt sich diesem Vorschlage an, die eifrig und erfolgreiche Thätigkeit des verft. Bestlers in communalen Angelegenheiten hervorhebend, worauf Oberbürgermeister Hobrecht den Magistrat gegen die Ansicht verteidigt, als hätte er sich in diesem Falle besonders streng an das buchstäbliche Recht gehalten. Stadtverordnete Neugebauer sprach für die Entstörung; ebenso Stadtv. Rogge, welcher aber den Stettler'schen Antrag mildert. Stadtv. v. Loßow ist für einmalige Entstörung; doch räth er, der Magistrat solle das Grundstück nicht kaufen und die Mühle nicht bauen. Angenommen wurde der vom Stadtverordneten Peterseit gestellte Antrag, den auch Stadtv. Simon u. A. befürworteten, daß nämlich die Vorlage befußt nochmaliger Erwägung in dem angedeuteten Sinne an den Magistrat zurückverwiesen werde.

Gegen das in unserer Zeitung schon näher erwähnte Streichen der Entstörung von 12,000 Thalern für das von dem Hausbesitzer Nowag abgetretene Terrain für eine Verbindung zwischen Gartenstraße und Neuborg-Commende hatte Stadtv. Stettler Widerspruch erhoben, denn er wollte die Verhandlungen nicht abgebrochen wissen. Mehrere Redner traten dieser Ansicht bei. Nachdem Oberbürgermeister Hobrecht und Rämmerey Blaick die Streichung als reine finanzielle Verwaltungsmafregel bezeichnet hatten, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Darauf wurde die Sitzung um 6½ Uhr geschlossen.

\*\* [Ernennung.] An Stelle des verstorbenen Geheimen Medicinal-Rath Herrn Professor Dr. Betschler ist mittelst ministerieller Erlassung der Privatdozent Herr Dr. W. Freund interimistisch als Examinator bei dem medicinischen Staatsprüfungen ernannt. Ebenso ist die administrative Leitung und Verwaltung der geburtsbürtlichen Klinik dem ersten Secundair-Arzt Herrn Dr. S. G. Caro interimistisch übertragen worden.

\* [Festliches.] Das Concert, welches die „const. Ressource im Weißgarten“ zur Feier des königl. Geburtstages veranstaltet, soll dem bereits gesammelten Invaliden-Unterstützungsfonds neue Vermehrung bringen. Es wird deshalb von Gästen ein mäßiges Entrée erhoben; Mitglieder entrichten solches nach Belieben. Von dem bisherigen Ertrage ähnlicher wohltätiger Unternehmungen werden diesmal 8 Invaliden des schleswig-holsteinischen Felszuges befreit. Am 22. März findet im Weißgarten Saale auch das Festmahl statt, bei welchem die Veteranen des Landkreises bewirthet werden.

\* [Schaustellungen.] Ein hiesiger Photograph hat eine reichhaltige Sammlung trefflicher Abbildungen veranstaltet, die allgemeines und dauerndes Interesse erregen wird. Wie das Kabinett des Herrn Jan, das während der vergangenen Weihnachtsaison so lebhaft besucht war, soll auch die neue Sammlung eine möglichst vollständige Übersicht von den wichtigsten und sehenswürdigsten Punkten (Landschaften, Städten etc.) der ganzen Erde darbieten.

\* [Wermischtes.] Laut amtlicher Mittheilung ist ein Schneidermeister aus Jordansmühl wegen öffentlicher Bekleidung des Ministerpräsidenten v. Bismarck vor der Kreisgerichts-Deputation zu Nippisch zu einem Geldbuße von 15 Thlr. oder 1 Woche Gefängnis verurtheilt worden.

Gestern übertrug ein Herr einem Bacräger zwei Flaschen



**Aufruf**

zu einer

**öffentlichen Subscription für Herrn General-Consul Sturz.**

Die Unterzeichneten sind zusammengetreten, um zu einer allgemeinen öffentlichen Subscription für den General-Consul, Herrn J. J. Sturz in Berlin, aufzufordern.

Durchdrungen von der Überzeugung, dass die Verdienste des Hrn. Sturz um den Schutz der deutschen Auswanderung im gesammten Vaterlande von allen Parteien, ja selbst jenseits des Oceans in fremden Welttheilen anerkannt worden sind, beschränken sich die Unterzeichneten darauf, zu erwähnen, dass die treue Hingabe an die Interessen deutscher Auswanderer der Grund war, weswegen Sturz seine Stellung als General-Consul Brasiliens und mit ihr ein einträgliches Gehalt verlor. Ohne eigenes Vermögen zu besitzen, opferte Sturz seinen Gewissenspflichten gegen Deutschland nicht nur die Mittel des eigenen Wohllebens, sondern den Unterhalt seiner zahlreichen Familie. Jahrlang eroberte er in zahlreichen Schriften, in der deutschen, englischen und brasilianischen Presse seine Stimme gegen die Ausbeutung deutscher Auswanderer auf südamerikanischen Plantagen.

Seinen Anstrengungen und seinen persönlichen, von den reinsten Beweggründen getragenen Bemühungen ist es zu danken, dass Tausende von Deutschen davor bewahrt blieben, in einem tödlichen Klima unterzugehen oder als ein Ersatz für die verstopften Quellen des afrikanischen Sklavenhandels der Schutzlosigkeit in entlegenen Gegenden, der bürgerlichen, sittlichen und religiösen Verkümmерung durch die Verlockungen besoldeter Menschenverhandelnder Auswanderungs-Agenten überliert zu werden.

So selte und grosse Opfer, wie sie Sturz in seinem Kampfe für das leibliche und sittliche Wohlergehen deutscher Auswanderer dem Vaterlande brachte, dürfen nicht ohne Anerkennung und Entschädigung bleiben. Von allen Mitteln entblösst, steht Sturz an der Schwelle des Greisenalters, ohne einen anderen Lohn, als das Bewusstsein selbstverleugnender Treue gegen Deutschland.

Die Verlobung unserer Tochter Jenny mit Herrn Joseph Ludowowsky aus Katowitz, beecken wir uns Verwandten und Freunden ganz ergeben anzuseigen. [2351]

J. Bos und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Jenny Bos.

Joseph Ludowowsky.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzuseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzuseigen. [2752]

Sosau D. S., den 14. März 1865. [2367]

Salomon Gohn und Frau.

[2729] Verspätet.

Die Vermählung unserer ältesten Tochter Emilie mit Herrn Apotheker Laupmann zu Warschau beecken wir uns hiermit ergebenst anzuseigen.

Wieschowa, den 12. März 1865.

Emil Gossa und Frau.

Als Neubermühlte empfehlen sich:

Friedrich Laupmann.

Emil Laupmann, geb. Gossa.

Gleichzeitig ermängeln wir nicht, allen Verwandten und Freunden, von denen wir benachrichtigt waren, persönlich Abschied zu nehmen, bei unserem Abgang nach Warschau ein herzliches Lebewohl zuzuwenden.

Wieschowa, den 13. März 1865. Dr. O.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Früh 9 Uhr wurde meine Frau Dora, geb. Kaestner, von einem gefundenen Mädchen glücklich entbunden. [2366]

Bonn, 14. März 1865. Dr. Nühle.

Die heute Nachmittag 4½ Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Selma, geb. Hilbert, von einem gefundenen Knaben, beeckne ich mich allen Freunden und Bekannten ergebenst anzuseigen. [2754]

Rawicz, den 15. März 1865.

Adolph Trocka.

Heute Früh 5 Uhr wurde meine liebe Frau Valecsa, geb. Engel, von einem gefundenen Knaben glücklich entbunden, was ich ergebenst anzeigen. [2359]

Rawicz, den 15. März 1865.

Gundrum, Kreisgerichts-Rendant.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht 1 Uhr starb nach langer Leidensmeine unvergesslich ihre Mutter, die verstorben Buchbindemeisterin Charlotte Sina, geb. Pelte, was ich hiermit Verwandten und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst anzeigen. [3378]

Breslau, den 16. März 1865.

Cecilie Sina.

Die Beerdigung findet Freitag um 2 Uhr statt. Trauerhaus: Reutte-Straße Nr. 38.

Hente gegen 2 Uhr Morgens ist in Folge einer Verberglung unter geliebter Schwiegermutter, Gatte, Vater und Bruder Theodor Hamacher, Historienmaler, im Alter von 40 Jahren dem Herrn entstiegen, nachdem er die h. Steinsacramente empfangen hatte. Um stille Christliche Teilnahme bitten: [3371]

Geb.-Reg. Nach Prof. Dr. Elvenich.

Bertha Hamacher, geb. Elvenich,

nebst drei Kindern

Elisabeth, Alfred und Theodor.

Elise Schall, geb. Hamacher.

Breslau, den 16. März 1865.

(Verspätet)

Den am 12. d. M. Vormittags 9 Uhr,

nach längerem Leiden erfolgten sanften Tod

unseres guten braven Gatten, Vaters, Schwiegers und Großvaters, des pensionirten Kreisfritzen,

Inhabers der Kriegsdenkmünze von 1812 14

und des allgemeinen Ehrenzahls, Joseph

Schell in seinem 75. Lebensjahr, beecken

wir uns allen Freunden und Bekannten, statt

Durchdrungen von der Ueberzeugung, dass die Verdienste des Hrn. Sturz um den Schutz der deutschen Auswanderung im gesammten Vaterlande von allen Parteien, ja selbst jenseits des Oceans in fremden Welttheilen anerkannt worden sind, beschränken sich die Unterzeichneten darauf, zu erwähnen, dass die treue Hingabe an die Interessen deutscher Auswanderer der Grund war, weswegen Sturz seine Stellung als General-Consul Brasiliens und mit ihr ein einträgliches Gehalt verlor. Ohne eigenes Vermögen zu besitzen, opferte Sturz seinen Gewissenspflichten gegen Deutschland nicht nur die Mittel des eigenen Wohllebens, sondern den Unterhalt seiner zahlreichen Familie. Jahrlang eroberte er in zahlreichen Schriften, in der deutschen, englischen und brasilianischen Presse seine Stimme gegen die Ausbeutung deutscher Auswanderer auf südamerikanischen Plantagen.

Seinen Anstrengungen und seinen persönlichen, von den reinsten Beweggründen getragenen Bemühungen ist es zu danken, dass Tausende von Deutschen davor bewahrt blieben, in einem tödlichen Klima unterzugehen oder als ein Ersatz für die verstopften Quellen des afrikanischen Sklavenhandels der Schutzlosigkeit in entlegenen Gegenden, der bürgerlichen, sittlichen und religiösen Verkümmierung durch die Verlockungen besoldeter Menschenverhandelnder Auswanderungs-Agenten überliert zu werden.

So selte und grosse Opfer, wie sie Sturz in seinem Kampfe für das leibliche und sittliche Wohlergehen deutscher Auswanderer dem Vaterlande brachte, dürfen nicht ohne Anerkennung und Entschädigung bleiben. Von allen Mitteln entblösst, steht Sturz an der Schwelle des Greisenalters, ohne einen anderen Lohn, als das Bewusstsein selbstverleugnender Treue gegen Deutschland.

Die Verlobung unserer Tochter Jenny mit Herrn Joseph Ludowowsky aus Katowitz, beecken wir uns Verwandten und Freunden ganz ergebenst anzuseigen. [2351]

J. Bos und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Jenny Bos.

Joseph Ludowowsky.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzuseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzuseigen. [2752]

Sosau D. S., den 14. März 1865. [2367]

Salomon Gohn und Frau.

[2729] Verspätet.

Die Vermählung unserer ältesten Tochter Emilie mit Herrn Apotheker Laupmann zu Warschau beecken wir uns hiermit ergebenst anzuseigen.

Wieschowa, den 12. März 1865.

Emil Gossa und Frau.

Als Neubermühlte empfehlen sich:

Friedrich Laupmann.

Emil Laupmann, geb. Gossa.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzuseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzeseigen. [2752]

Sosau D. S., den 14. März 1865. [2367]

Salomon Gohn und Frau.

[2729] Verspätet.

Die Vermählung unserer ältesten Tochter Emilie mit Herrn Apotheker Laupmann zu Warschau beecken wir uns hiermit ergebenst anzeseigen.

Wieschowa, den 12. März 1865.

Emil Gossa und Frau.

Als Neubermühlte empfehlen sich:

Friedrich Laupmann.

Emil Laupmann, geb. Gossa.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzeseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzeseigen. [2752]

Sosau D. S., den 14. März 1865. [2367]

Salomon Gohn und Frau.

[2729] Verspätet.

Die Vermählung unserer ältesten Tochter Emilie mit Herrn Apotheker Laupmann zu Warschau beecken wir uns hiermit ergebenst anzeseigen.

Wieschowa, den 12. März 1865.

Emil Gossa und Frau.

Als Neubermühlte empfehlen sich:

Friedrich Laupmann.

Emil Laupmann, geb. Gossa.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzeseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzeseigen. [2752]

Sosau D. S., den 14. März 1865. [2367]

Salomon Gohn und Frau.

[2729] Verspätet.

Die Vermählung unserer ältesten Tochter Emilie mit Herrn Apotheker Laupmann zu Warschau beecken wir uns hiermit ergebenst anzeseigen.

Wieschowa, den 12. März 1865.

Emil Gossa und Frau.

Als Neubermühlte empfehlen sich:

Friedrich Laupmann.

Emil Laupmann, geb. Gossa.

Ratibor. Katowitz.

Als Verlobte empfehlen sich: [2750]

Woline Steinberg.

Hermann Karfunkelstein.

Berlin. Braunschweig.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Gustav Langau beecken wir uns, anstatt besonderer Meldung, hiermit anzeseigen. [2751]

Frankenstein, den 15. März 1865.

F. Pelzel und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Charlotte Timendorfer mit dem Kaufmann Herrn Rudolf Altman aus Katowitz, beecken wir uns hierdurch ergebenst anzeseigen. [2752]

<div data-b

### Programm für das Thierschau-Fest des Neisse-Grottkauer landwirtschaftlichen Vereins.

Das Fest findet am 15. Mai 1865 in Neisse auf dem Wilhelmplatz statt und schlägt nicht allein eine Schaustellung und Prämierung aller Viehgattungen, sondern auch aller anderweitigen Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, der Gartenkultur, der landwirtschaftlichen Nebengewerbe und landwirtschaftlicher Geräthe, sonde rne eine Verlosung von Vieh und anderweitiger landwirtschaftlicher Gegenstände in sich.

Der Auftrieb der aufzustellenden Thiere und die Ausstellung der Schau-gegenstände muß bis 7 Uhr Früh beendet sein.

Von 7 Uhr ab Auswahl der zu prämierten und der anzulaufenden Thiere und Ge-genstände.

Um 8 Uhr Eröffnung der Käse auf dem Platz.

Um 11 Uhr Vertheilung der Prämien und Umzug der prämierten Thiere; demnächst die Verlosung.

Der Besitz einer Actie berechtigt nicht allein zur Teilnahme an der Verlosung, son-der auch zum Eintritt in die unteren Bischauerräume.

Wer keine Actie besitzt, erwirbt das Eintrittsrecht durch Lösung einer Eintrittskarte an der Kasse gegen Zahlung von 5 Sgr.

Der Eritrat auf den Tribünen ist ebenfalls nur gegen Lösung eines 5 Sgr. kostenden Billets gestattet.

Die Actien oder Eintrittskarten, sowie die Tribünen-Billets müssen am Hute befestigt sein oder anderweitig sichtbar getragen werden.

Die Abnahme der angefaulten Gewinne erfolgt auf Grund der Bestimmungen des Schlusszeitels; die Ausbändigung derselben gegen Abgabe der Actien (Loose) findet von 3—5 Uhr statt. Ist der Gewinner nicht gezwungen, so werden die betreffenden Gewinne 9 Tage lang aufbewahrt, demnächst aber öffentlich meistbietend verkauft, der Erlös nach Abzug der Kosten noch 3 Monate reservirt, darnach aber, im Nichterhebungsfalle, der Vereinskasse überwiesen. Die gewonnenen und nicht sofort abgenommenen Thiere werden nicht auf Kosten des Vereins, sondern auf Kosten des Gewinners untergebracht und verpflegt.

Prämien werden ausgeschüttet:

**I. Für Hengste, vier Prämien.** Vollblut ist nicht ausgeschlossen. Der Hengst muß erweisslich zur Rucht geeignet sein. 1) Ein Schaupreis mit Fahne. 2) Ein Schau-preis mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 20 Thlr. mit Fahne. 4) Eine Fahne.

**II. Für Zuchtfüsten.** a. Vollblut, zwei Prämien. Für eine jede der 2 vor-zuglichsten Stuten eine Ehrenfahne. b. Nichtvollblut, sieben Prämien. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 25 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 4) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne. 5) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne. 6) Eine Fahne. 7) Für die mit beste Zuchtfüste eines häuerlichen Besitzers 15 Thlr. mit Fahne (Preis des königl. Landgestüts zu Leubus). Die Prämien ad 1 bis 6 werden ohne Rücksicht auf die Qualität des Besitzers vertheilt.

**III. Für selbstgezogene Gebrauchsgeräthe.** (Reit- oder Wagenschlag). Ein Schaupreis mit Fahne.

**IV. Für Arbeitspferde.** Dieselben müssen paarweise mit zweidensprechendem Ge-schirre und an einem Wagen oder einem entsprechenden landwirtschaftlichen Geräthe ange-spannt sein. Ein Geldpreis von 20 Thlr. mit Fahne.

**V. Für ein- bis dreijährige selbstgezogene Fohlen.** a. Vollblut, zwei Prämien. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Eine Fahne. b. Nichtvollblut, acht Prämien. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Schau-preis mit Fahne. 3) Ein Geld-preis von 20 Thlr. mit Fahne. 4) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 5) Ein Geld-preis von 10 Thlr. mit Fahne. 6) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 7) Ein Geldpreis von 5 Thlr. mit Fahne. 8) Eine Fahne.

**VI. Für Zuchtfüste, fünf Prämien.** Der Stier muß mindestens 2 Jahr alt und bereit 3 Monate in den Händen des Besitzers sein. Die Stiere dürfen nur gefesselt auf den Platz gebracht und vorgeführt werden. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Schau-preis mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 4) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 5) Eine Fahne.

**VII. Für Nutzfühe.** a. Selbstgezogenes Racenvieh. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 12 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 4) Eine Fahne. b. Selbstgezogenes Landvieh. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geld-preis von 10 Thlr. mit Fahne. 4) Eine Fahne. c. Ohne Nutzfuß auf Abstammung und Zucht. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 4) Eine Fahne.

**VIII. Für selbstgezogenes Jungvieh.** a. Stiere, vier Prämien. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 6 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 4) Eine Fahne. b. Kalben, sieben Prämien. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Schau-preis mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 4) Ein Geldpreis von 10 Thlr. mit Fahne. 5) Ein Geldpreis von 8 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 6) Eine Fahne. 7) Eine Fahne.

**IX. Für Zugochsen, zwei Prämien.** Dieselbe müssen paarweise angespannt sein. 1) Ein Schau-preis mit Fahne. 2) Ein Geldpreis von 8 Thlr. mit Fahne.

**X. Für Zuchtfühe, vier Prämien.** Nur selbstgezüchtete Schafe können prä-miert und müssen mindestens 4 Stück aus derselben Herde gestellt werden. Drei Schau-preise mit je einer Fahne. Eine Fahne.

**XI. Für Zuchtwölfe, zwei Prämien.** 1) Ein Schau-preis. 2) Ein Geldpreis von 5 Thlr.

**XII. Für Mastvieh.** a. Mastoschen, vier Prämien. 1) Ein Geldpreis von 20 Thlr. mit Fahne (Preis der Stadt Neisse). 2) Ein Geldpreis von 15 Thlr. mit Fahne. 3) Ein Geldpreis von 8 Thlr. mit Fahne. 4) Eine Fahne. b. Masthammel, zwei Prämien. 1) Ein Geldpreis von 5 Thlr. mit Fahne. 2) Eine Fahne. c. Mastschweine, zwei Prämien. 1) Ein Geldpreis von 10 Thlr. 2) Ein Geldpreis von 5 Thlr.

**XIII. Zur Prämierung von Acker- und Wirtschaftsgeräthen, Gartenerzeugnissen und anderen zur Sodau gestellten landwirtschaftlichen Gegenständen sind der Prämierungs-Commission 50 Thlr. zur Verfügung gestellt.**

**XIV. Gespinste und Gewebe.** 1) Für die besten selbstgefertigten Handgespinnste drei Prämien à 2 Thlr., 3 Thlr. und 2 Thlr. 2) Für die beste Leinwand (selbstgefertigtes Handgewebe) zwei Geldpreise von je 5 Thlr.

**XV. Für Bienen, zwei Schau-preise.**

Besondren Leistungen sollen, so weit sie nicht prämiert werden konnten, ehrenvolle Anerkennungen gesetzt werden.

In Ermangeln von Concurrenz oder prämiungsfähigen Gegenständen bleiben die ausgeführten Preise dem Vereine.

Die Anmeldungen aller Schaugegenstände müssen bis zum 12. Mai d. J. bei dem Bibliothekar des Vereins, Herrn Landschafts-Controleur Daumann in der Landschaft zu Neisse erfolgen.

Alle zur Schau und zum Verkaufe aufgestellten Thiere und andren Gegenständen müssen mit einer Tafel versehen sein, worauf der Gegenstand, ob nur zur Schau oder zum Verkaufe aufgestellt, und der Ort woher, näher bezeichnet sein müssen.

Sollte ein Aussteller von einer Gattung der oben bezeichneten Abtheilungen mehrere Stück produciren, die prämiungsfähig sind, so kann dieser Aussteller in einer Gattung doch immer nur eine Prämie erhalten; z. B. producirt er mehrere Kühe, so kann nur eine Kuh prämiert werden; ein gleiches findet bei Pferden, Mastvieh und allen übrigen Thieren und Gegenständen statt.

Nurmittelbar vor dem Festzuge erfolgt bei der Directorial-Tribüne die Vertheilung der von dem Vereine für die ländlichen Dienstboten ausge-festeten Prämien.

Außerdem wird das Publikum benachrichtigt, daß die zur Schau zu stellenden Mastoschen, Masthammel und Mastschweine am 15. Mai Früh 5 Uhr auf dem Schauplatz (Wilhelmplatz in der Friedrichstadt) unter Aufsicht des Maurermeister Herrn Müller ge-wogen werden.

Action à 10 Sgr. sind noch in der Landschaft und bei dem Schatzmeister des Vereins, Herrn Kaufmann G. Majim zu Neisse, zu haben.

**Das Directorium  
des Neisse-Grottkauer landwirtschaftlichen Vereins.**  
F. Graf v. Sierstorff. Dr. Friedenthal. Graf v. Büdler.

### Die seltensten Briefmarken aller Länder.

Die vollständigsten Briefmarken-Alben, in den neuesten Auslagen von Clandin, Wuttig, Ludwig u. A. sind stets zu den höchsten Preisen vorrätig in der Kunsthändlung von [2739]

Leopold Priebsch, Ring Nr. 14. Becherseite.

### Concurs-Gründung.

1. Über das Vermögen des Handelsgesell-schaft Gehlich & Beer, Niemeierstraße Nr. 10 hier selbst, sowie über das Privatvermögen der beiden alleinigen Inhaber dieser Handelsgesellschaft, Gold- und Silberarbeiter Julius Gehlich, Niemeierstraße Nr. 10, und August Beer, Dorotheengasse Nr. 3, ist heute Mittags 12½ Uhr der kaufmännische Konturs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 11. März 1865

### Konkurs-Gründung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier in der kleinen-Scheinerstraße unter Nr. 51 gelege-nen, von dem Trennstücke des ehemaligen Grundstücks Nr. 4 und 18 der kleinen-Schei-nerstraße abgetrennten Vol. VIII. Fol. 177 des Hypothekenbuchs vom Sande, Dom, Hindern und Neu-Scheintig verzeichneten, auf 13.294 Thlr. 3 Sgr. abgeschätzten Grund-stücks, haben wir einen Termin auf den 19. April 1865, Vormittags

[493] Konkurs-Gründung.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung zu Löwenberg.

Den 15. März 1865, Vormittags 9½ Uhr. Über das Vermögen des Schneidermeisters und Handelsmanns Jacob Kälter zu Löwenberg ist durch das Vermögen des Schneidermeisters und Handelsmanns Jacob Kälter zu Löwenberg ist durch den vom Königlichen Kreis-Gericht zu Löwenberg in der heutigen Sitzung, Vormittags 9½ Uhr, gefasster Beschluß der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Ver-einfachung eröffnet und der Tag der Zahlungs-einstellung

auf den 12. März 1865

festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist Herr Rechts-Anwalt Kunik ernannt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf Mittwoch den 29. März 1865,

Vormitt. 11 Uhr, in unserm Gerichts-Lokale, Zimmer Nr. 2, vor dem Kommissar Herrn

Kreis-Gerichts-Rath Ritter

anberoumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen im Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihnen etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an dieselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 15. April 1865 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Angezeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Verwalther und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldner haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubi-ger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, die selben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

auf den 20. April 1865 einschließlich, dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Angezeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldner haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubi-ger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, die selben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 10. April 1865 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemel-deten Forderungen,

auf Donnerstag den 11. Mai 1865,

Vormittags 9 Uhr, in unserem Gerichts-

Lokale, Zimmer Nr. 2, vor dem Kommissar

Herrn Kreis-Gerichts-Rath Ritter

zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird ge-nächstens mit der Verhandlung über den Auktior verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm

Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der

Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften vor zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekannt-heit fehlt, werden die Rechtsanwälte Meyer und Justizrat Guhrauer zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 24. Dezember 1864.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheil. I.

### Konkurs-Gründung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier in der Karlstraße unter Nr. 41 belegenen, auf 22.520 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf. abgeschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 4. September 1865, Vormittags

11 Uhr, vor dem Stadt-Gerichts-Rath

Naeber

im Berathungszimmer im 1. Stock des Stadt-

Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Bu-reau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht erachtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 23. September 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheil. I.

### Konkurs-Gründung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier in der Neuen-Lauzenstraße unter Nr. 19 belegenen, aus zwei unausgebauten Gebäuden bestehenden, auf 7932 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf. abgeschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 1. September 1865, Vormittags

11 Uhr, vor dem Stadt-Gerichts-Rath

Naeber

im Berathungszimmer im 1. Stock des Stadt-

Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Bu-reau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht erachtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

# Echt schwedische Kräuter-Essenz.

# Aegt svensk Urteidrik.

a Flasche  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  und 1 Thaler.

## Erneute Anerkennung über deren vorzügliche Wirkung.

Seit vielen Jahren an hämorrhoidalen Leiden leidend, habe ich in jüngster Zeit nicht mehr den regelmäßigen Verlauf des Uebels gehabt, sondern wurde von gänzlicher Schlosstigkeit, Blutandrang nach dem Kopfe, Blähungen und Appetitlosigkeit geplagt. Bei- de verweigerte ich an jeder Hilfe und griff deshalb in diesem trostlosen Zustande nach dem Rathe eines Freunden zu dem Gebraude Ihrer schwedischen Kräuter-Essenz. Diese hat mir von Stunde an bedeutende Erleichterungen verschafft, die verschwunden gewesenen Blutungen haben sich wieder eingestellt und damit sind auch die anderen Uebel gewichen. Voller Dankbarkeit bezeuge ich Ihnen dies hier- durch und mache alle Leidende darauf aufmerksam. [2767]

Guido Saul, Auctions-Commissarius.

### Große

### Herrschafftliche Möbiliar-Auction.

Wegen Domizil-Veränderung des Besitzers sollen Donnerstag den 23. und Freitag den 24. März Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab Schwedner-Stadtar. Nr. 23 erste Etage noch sehr gut erhaltene Mahagoni-Möbeln, als:

3 Garnituren mit Plüscherzeug, bestehend in Sophy's, Fauteuils und Stühlen, Silber-, Kleider-, Wasch- und Bücher-Spire, Roll- und Dammen-Bureau's, Chiffonniere, Tischen, Stühlen, Sopha-Spiegeln, Spiegeln mit Consolen und Marmorplatten, Teppichen, Tischdecken, Gardinen, Uhren, Kandelabers und Bronze-Kronen, Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen, Kupfer-Haus- und Küchengeräthe &c. meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. [2637]

Guido Saul, Auctions-Commissarius.

Den 23. Vormitt. 11 Uhr kommt ein Mahagoni-Flügel vor.

Auction. Sonnabend den 18. d. M. von 10 Uhr an sollen Borderbleiche Nr. 3

51 neue  $\frac{1}{2}$  Viertonnen und 15 vergl.  $\frac{1}{2}$  Tonnen, eine Partie Stabholz in  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  u.  $\frac{1}{8}$  Tonnenstäben,

ferner 26 Schock 4 und 3 Zoll starke Doppel-Felgen, so wie 10

Schock einfache Felgen

meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. [2655]

C. Neumann, Auct. Commissarius.

Montag den 27. März 1865, Nachm. 2 Uhr, versiegt ich hier aus meiner österr. Stammherre (Stammzuchtbuch 1864 S. 26, 85 u. 115) 20 Bullen,  $\frac{1}{2}$  bis 2½ Jahr alt.

Lichtenb. Gramschuß N.-Schl., Kr. Glogau.

Carl v. Schmidt.

Das in Haynau jeden Mittwoch und

Sonnabend erscheinende

„Haynauer Stadt-Blatt“

redigt im liberalen Sinne, bringt in jeder

Nummer einen populär geschriebenen Leit-

artikel, eine kurze für Jedermann verständliche

Übersicht der Tagesereignisse, probinzielle und

lokale Nachrichten, sowie Novellen, und lädt

zum Abonnement ergeben ein.

Inferate finden in dem „Haynauer Stadt-

blatt“ welches das weitverbreitete Blatt im

Kreise ist und weit über die Nachbarskreise

hinaus gelesen wird, in Stadt und Land die

weiteste Verbreitung. [2698]

Alle königlichen Postanstalten nehmen zu

dem vierteljährlichen Abonnementsspreise von

7½ Sgr. Bestellungen an.

Haynau. Die Expedition.

Auftruf! Der Zimmer- und Maurermester Herr Hitzé kann sofort die hier erbe- ten Stelle übernehmen, und fordere ich den- selben auf, umgekehrt zu erscheinen oder sofort schriftlich seine Erklärung funzugeben.

Freiburg i. Sch., den 15. März 1865.

[2723] A. Feldtau.

Heilung der Lungenschwindsucht

(Tuberkulose) naturgemäß, ohne innerliche

Medizin. Adresse: R. 49 poste restante

Coburg. (Franco gegen franco). [1936]

Für die Frauenwelt.

In des Unterzeichneten Apotheke wird

laut ärztlicher Verordnung ein Medita-

ment angefertigt, das nach langjähriger

praktischer Erfahrung die Beschwerden

bei Frauen hebt, die sich in gefegten

Umständen befinden, und namentlich da-

bin wirkt, eine möglichst „gefahrene“

Entbindung zu erzielen. Die Arznei ist

bekannt unter dem Namen Dr. Legab's

Frauen-Elizir. Pr. pr. gr. fl. 1 Thlr.

Bielschowsky, Apothekenbesitzer,

[1436] Bojanowo, Groß. Posen.

Gemälde

werden sorgfältig restaurirt, auch sind ver-

schiedene alte und neue zu verkaufen Albrechts-

straße 23 bei A. Müller. [3355]

Guts-Verkauf.

Ein größeres ehemaliges Domänen- und

Rustikal-gut,  $\frac{1}{2}$  Meile von der Chaussee und

in der Nähe einer entstehenden Eisenbahn ge-

legen, ein Gesamt-Areal von 1660 Morgen,

wovon 600 Morgen kleefähiges, Rübien- und

Gerstenland, 100 Morgen gutes Roggenland,

300 Morgen leichten Boden, 280 Morgen

20 bis 30jährigen Kiefernwald, 250 Morgen

zum größten Theil Rieselfeld, 100 Morgen

Weide und reichhaltiges Torfbruch, 30 Morgen

Gärten, Wege und Unland nebst Feldsteigeli-

und Kalklager, bei meist neuen Gebäuden, soll

Roth- und Schwarzwild halber mit todtem und lebendem

Verdärfte halber mit todtem und lebendem